



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1903

14 (9.1.1903) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-100883](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-100883)

General-Anzeiger



Abonnement:

Tägliche Ausgabe:
70 Pfennig monatlich.
Eingekauft 20 Pf. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
aufschlag 2 Pf. 42 pro Quartal.
Eingel. Nummer 6 Pf.

Nur Sonntags-Ausgabe:
20 Pfennig monatlich,
insb. durch die Post 25 Pf.

Inserate:
Die Colonne-Zeile . . . 20 Pf.
Anzeigen-Zeile . . . 25
Der Klein-Anzeiger . . . 60

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegraph-Adresse:

„Journal Mannheim“.
In der Postliste eingetragen
unter Nr. 3021

Telephon: Direktion und

Druckerei: Nr. 341
Redaktion: Nr. 377
Expedition: Nr. 218
Filiale: Nr. 815

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Akademie für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendsblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 14.

Freitag, 9. Januar 1905.

(Abendsblatt.)

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird
keinerlei Gewähr geleistet.

Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

(+) Zu allen Schwierigkeiten, die den deutschen Arbeitsmarkt seit mehr als Jahresfrist bedrängen, ist jetzt noch eine neue getreten, indem diesem Markte im Augenblick die Grundlagen der ziffernmäßigen Berichterstattung entzogen werden, die in kritischen Zeiten im Stande sind, bis zu einem gewissen Grade einen wohlthätig regelnden Einfluss auszuüben. Bisher lieferten die Krankenkassen, die an die private Organisation der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ angeschlossen waren, die Monatsziffern der Beschäftigten am 3. jeden Monats ein. Das Statistische Reichsamt, das die Organisation amtlich zu gestalten beabsichtigt, verlangt die Zifferangaben genauer nach Kategorien geordnet und hat deswegen die Einlieferungsfrist bis auf den 10. des Monats erstreckt. Die amtlichen Veröffentlichungen sollen im Laufe des Frühjahrs beginnen, die Einforderung der Ziffern ist aber schon vom 1. Jan. ab in Kraft gesetzt worden. Einige Stellen haben sich der doppelten Einlieferung nach verschiedenen Grundrissen nicht gewachsen erklärt, und so ist für die Zwischenzeit eine Verwirrung eingetreten, die im Augenblick den gewohnten Monatsüberblick über die Zahlen der Beschäftigten nach Krankenkassen-Ziffern unmöglich macht. Dies ist um so bedauerlicher, da allen Anzeichen nach dieser Ueberblick günstig ausgefallen wäre und wertvolle Hinweise darüber, wo und wie eine eingetretene Gunst in der Lage des Arbeitsmarktes auszunutzen wäre, geboten hätte. Immerhin ist es noch möglich, ein allgemeines Urtheil über die augenblickliche Lage des deutschen Arbeitsmarktes nach den Ziffern der öffentlichen Arbeitsnachweise zusammenzustellen. An diesen kamen auf 100 ausgebotene offene Stellen im Dezember d. J. 203,9 Arbeitsuchende, während es im Dezember des Vorjahres 242,5 gewesen waren, d. h. die Lage des deutschen Arbeitsmarktes ist, wiewohl noch nicht erfreulich, so doch weniger drückend, als sie es im Jahre vorher gewesen war. Dieses Ergebnis ist um so bedeutungsvoller, da die Ziffern der Arbeitsnachweise bereits vier Monate hintereinander im September, Oktober, November und Dezember genau das selbe Bild zeigen. Schon hatte die Geschäftswelt für den diesjährigen Dezember sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, der Weihnachtserfolg werde noch hinter dem des Vorjahres zurückbleiben. Um so angenehmer war man von dem Gegenteil überrascht. Einen gewissen Anhalt dafür, wie weit das wirkliche Geschäft über die Voranschläge der Ladeninhaber hinausging, zeigt u. A. darin, daß beispielsweise in Berlin in den letzten Tagen vor Weihnachten einzelne Spielwaren (z. B. Kalleidostope) gänzlich ausverkauft und selbst mit großer Mühe nicht mehr zu erlangen waren. Nach Abschluß des Weihnachtsgeschäftes gingen die starken Entlassungen von Angestellten im Handelsgewerbe nicht über das gewohnte Maß hinaus. Auch der allgemeine gewerbliche Beschäftigungsgrad scheint in diesem Dezember sich eher besser als schlechter gestaltet zu haben. Vor Allem war der Kohlenbergbau in den meisten Bezirken regelmäßig, zum Theil sogar flott, beschäftigt,

indem die Schichtdauer verlängert oder gar Doppelschichten verfahren wurden. Die Besserung der Förderverhältnisse äußerte sich auch darin, daß die Leistungen der Arbeiter in die Höhe gingen. Die thatsächliche Förderungseinschränkung der dem Kohlenindustriellen angehörigen Ruhrzechen betrug im Dezember nur 15 pEt., obgleich eine solche von 24 pEt. vorgesehen war. Recht belebt war der Geschäftsgang im Textilverweb. Die Betriebe bemühten sich, noch vor den Feiertagen möglichst viel Waare zum Versandt zu bringen. In der Chemiever- und Strumpfwaren-Fabrikation konnten wegen Mangels an Arbeitskräften noch nicht einmal alle Aufträge erledigt werden. Im Gera-Weitzer Bezirk waren die Spinnereien gut, die Webereien lebhaft beschäftigt. Die Tuchindustrie in Forst bekam in Folge des Frostwetters im November auch recht reichliche Aufträge, die den Beschäftigungsgrad im Dezember lebhaft gehalten. In einigen Branchen des Holzgewerbes, und zwar außer in der Spielwaren-Industrie vornehmlich auch in der Musikinstrumentenfabrikation, hielt die volle Arbeit bis zu den Feiertagen an. Gegenüber diesen erfreulichen Zügen des Arbeitsmarktes schloß es indessen auch nicht an Geworben, auf denen die Krise in alter Schärfe lastet. Vor Allem gehört hierher das Eisen- und Stahlgewerbe. Wenn auch die Hochofenindustrie den Betrieb wieder in größerem Umfange ausnahm, so blieben doch die weiterverarbeitenden Betriebe schwach beschäftigt. Wie wenig drängend noch die Geschäfte sind, geht auch daraus hervor, daß viele Betriebe die Inventuraufnahme weit über die gewöhnliche Zeit hinaus ausdehnten. Namentlich geschah dies auf oberflächlichen Werken. Mangel an Arbeitsgelegenheit herrscht auch noch in der Maschinenfabrikation. Unbefriedigend war vor Weihnachten die Möbelfabrikation und vornehmlich die Stellmacherei beschäftigt. Im Baugewerbe und den davon abhängigen Industriezweigen und Handwerken beschränkte wenigstens in einem Theile der Großstädte der Eintritt milderer Witterung zu Anfang Dezember die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit in ziemlich weitem Umfange.

Die Dardanellen-Verträge.

Der Protest, den die Regierung Großbritanniens gegen die vom Sultan bewilligte Durchfahrt von vier nicht armirten russischen Torpedobooten durch die Dardanellen und den Bosporus an die Pforte richtete, hat neuerdings das Interesse für jene Verträge hervorgerufen, durch welche die Bedingungen der Passage der genannten Meerengen und der internationale Charakter des Schwarzen Meeres festgelegt wurden.

Die Meerengenfrage datirt in das Jahr 1841 zurück. Am 13. Juli des genannten Jahres wurde nämlich in London zwischen Großbritannien, Frankreich, Preußen und Rußland einerseits und der Pforte andererseits der erste Vertrag abgeschlossen, in welchem der Sultan seinen festen Entschluß kundgab, die alte Regel seines Reiches aufrechtzuerhalten und allen Kriegsschiffen der fremden Mächte, insoweit sich die Türkei im Frieden befindet, die Durchfahrt durch die Dardanellen und den Bosporus zu verwehren. Die anderen vertragschließenden Theile verpflichteten sich, diesen Entschluß der Pforte zu achten und sich demselben zu unterwerfen. Der Sultan behielt sich aber das Recht vor, leichten Kriegsschiffen, welche für den Dienst der Legationen bestimmt sind, die Durchfahrtsbewilligung zu ertheilen.

Die zweite Meerengen-Convention wurde anlässlich des Abchlusses des Pariser Friedensvertrages am 30. März 1856 in Paris vereinbart. In dieser Convention fanden die Bestimmungen des Londoner Vertrages unveränderte Aufnahme. Der Sultan verpflichtete sich außerdem, insoweit die Türkei sich im Frieden befindet, keinem fremden Kriegsschiffe die Passage zu gestatten. Eine Ausnahme wurde nur für die Stationschiffe der Legationen in Konstantinopel und zu Gunsten von je zwei leichten Kriegsschiffen jeder Macht gemacht, die an den Donaumündungen die Ausführung der Reglements, betreffend die Freiheit der Schifffahrt auf diesem Flusse, zu überwachen hatten. Am 30. März 1856 wurde überdies auch noch zwischen dem Sultan und dem Zar eine Spezial-Convention vereinbart, in welcher sich beide Kontrahenten verpflichteten, zum Küstenüberwachungsdienste im Schwarzen Meere nur je sechs Kriegsdampfer zu unterhalten. Diese Schiffe sollten an der Wasserlinie 50 Meter lang sein und höchstens 800 Tonnen haben. Außerdem durfte jeder der vertragschließenden Theile vier Dampfer oder Segelschiffe mit je 200 Tonnen Gehalt im Schwarzen Meere unterhalten. Dieser letztere Vertrag wurde in der diplomatischen Welt der Pontus-Vertrag genannt.

Als im Kriegsjahre 1870/71 Frankreich niedergeworfen war, beehrte Rußland den Sieg Deutschlands, um einige Artikel des Pariser Friedensvertrages, die Meerengen-Verträge und die Pontus-Konvention, zu kündigen und deren Revision zu fordern. In den sogenannten Londoner Konferenzen kamen zwei Verträge zu Stande, welche beide am 13. März 1871 unterzeichnet wurden. Vor Allem wurden die Artikel 11, 13 und 14 des Pariser Vertrages, betreffend die Neutralisirung des Schwarzen Meeres und das Verbot der Errichtung von Kriegsanlagen an seinen Küsten, aufgehoben. Dagegen wurde die Schließung der Meerengen im Prinzip wohl beibehalten, gleichzeitig aber dem Sultan das Recht eingeräumt, Kriegsschiffen der allirten und befreundeten Mächte die Meerengen in dem Maße zu öffnen, als die Pforte dies zur Ausführung des Pariser Vertrages vom 30. März 1856 für notwendig erachtete. In einem zweiten, von demselben Tage datirten Vertrage wurde erklärt, die am 30. März 1856 zwischen Rußland und der Pforte abgeschlossene Konvention, durch welche die Zahl und die Stärke der Kriegsschiffe festgelegt wurde, welche beide Mächte im Schwarzen Meere unterhalten dürften, „wird und bleibt aufgehoben“. Der Londoner Vertrag, welcher die Einschränkung und theilweise Aufhebung der Bestimmungen der Pariser Verträge vom Jahre 1856 schließt, ist von Apponyi (Oesterreich-Ungarn), Bernstorff (Deutschland), Broglie (Frankreich), Granville (England), Cadorna (Italien), Brunnow (Rußland) und Musurus (Türkei), und die Aufhebung der russisch-türkischen Konvention, betreffend die Zahl und Stärke der im Bosporus zu unterhaltenden Kriegsschiffe, nur von den beiden letztgenannten Diplomaten unterzeichnet.

Deutsches Reich.

* Freiburg, 8. Jan. (Bergleitschussung des Erz-
bischofs.) In ungewöhnlich großer Anzahl waren gestern die katholischen Geistlichen aus allen Theilen des Landes erschienen, um dem Erzbischof und Weihbischof die Glückwünsche zum neuen

Parlamentarische Skizze. *)

Von Ernst Vassermann.

(Nachdruck verboten.)

Wühlig und einträglich ist das Alltagsleben des Deutschen Reichstages. Die Sitzungen des Reichstages sind lange dahin. Bei dem unermüdeten Abgeordneten ist gar manche Illusion, die ihn mit heißem Wahne umfing, bald geschwunden. Groß ist der Kontrast. In der Volksversammlung, getragen von der Begeisterung der Wähler, im Reichstag, wie schwer fällt es dem Redner, sich Gehör zu verschaffen. Dort die tönende Phrase, an der sich Redner und Hörer veranlassen, hier die nüchterne, geschäftliche Arbeit, welche Kenntnisse und Zeit in gleichem Maße in Anspruch nimmt. Der Reiz der Uebereignung findet wenig Anhang bei den kritisch veranlagten Rednern der Abgeordneten und gar mancher Redner, der im Volksmunde seiner Bedeutung und lokalen Bekanntheit zu reden begann, hat statt Vorbeeren Rathen geerntet.

Zwei Klassen von Abgeordneten gibt es im Deutschen Reichstage. Für die eine, die Arbeitstheorien des Reichstages, beginnt des Tages Arbeit um die zehnte Stunde. Da steht man eifrig Reichstagsboden zu Fuß und zu Wagen dem Reichstage zu; die Redner haben sich der elektrischen Bahn anvertraut; die gefüllten Kappen zeigen an, daß die Budgetkommission oder die großen Sachkommissionen zur Arbeit eilen. Bei wichtigen Vorlagen heuert zur selben Stunde die Scharen der Regierungskommissare des Reichstages zu; die Staatssekretäre, preussische Minister, Generale und hohe Beamte finden sich ein und die Gänge füllen sich mit Ordonanzen, unter denen die malarischen Uniformen der Schutruppen ins Auge fallen.

* Aus dem sechsten erschienenen Heft „Für unser Heim“
Quelle: Special-Deutscher Dichter und Denker der Gegenwart für das deutsche Schriftthum in Jena, zusammengestellt von Dr. Simon Schröder (Verlag J. J. Weber, Leipzig) mit Genehmigung des Verlags entnommen.

Die Kommissionen dauern bis 1 Uhr. In ihnen wird die grundlegende Arbeit geleistet, heute mehr als in den ersten Jahrgängen nach Gründung des Reiches. Wo eine gesetzgebende Sachverständigen oder eine erhebliche finanzielle Belastung des Reiches sich ergibt, da wandert die Vorlage an eine Kommission, die Wochen und Monate sich müht, bis sie die berührte Mittels-Rinne gefunden hat. Ist dies erreicht und hat auch die Regierung ihren Segen dazu gegeben, dann pflegen die Kommissionsmitglieder in geschlossener Sachverständigen im Reichstag des Reichstages ihr Werk zu verteidigen, in vorbereiteter Reihe der Vorstunde, eifrig bemüht, das Schifflein durch die brandenden Wogen der zweiten und dritten Lesung zu steuern. Man wundert sich, daß dies Parlament, das so oft den Eindruck der Zerfahrenheit macht, eine so große geschäftliche Leistungsfähigkeit aufweist, größer als diejenige irgend eines Parlamentes der Welt. Das hängt zusammen mit der Verlegung des Schwerpunktes der parlamentarischen Tätigkeit in die Kommissionen. Es ist menschlich erklärlich, daß alle diejenigen, die in Wochen- und monatelanger Arbeit in der Kommission vereint waren, ein positives Resultat erzielten. Sie wollen nicht, daß ihre Arbeit pro nihilo war. Wie selten gelingt es heute, mit Abänderungsanträgen in der zweiten oder gar in der dritten Lesung durchzubringen, in der Regel nur dann, wenn wenigstens ein Teil der Kommissionsmitglieder sich besserer Einsicht zuneigt. Daß dem so ist, erregt oftmals den Stolz der Praktikanten, deren Willen sich an der Macht der Kommission bricht. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß diese Entwicklung auch ihre großen Schattenseiten birgt; das Interesse für die Plenarsitzungen tritt zurück und die chronische Beschäftigungslosigkeit hängt neben vielen anderen Ursachen auch mit dieser burokratischen Entwicklung des Parlamentarismus zusammen. Dies gilt auch für die Wirkung des Parlamentarismus auf die Budgetkommission, in welcher neben dem Etat auch die großen Militär- und Marine-Vorlagen verhandelt werden. Die Budgetkommissionen der Reichstages haben den Etat und werden oft zu den Tugenden des Kleinsten. In dem weitaus größten Theil der Session pflegt es hieße zu sein in dem Hause, das Mallor's Feinleber Welt geschaffen, und die große Wandelhalle ist

gänzlich leer. Häufig nehmen die wenigen Betreten in der geräumigen, mit allerlei Plakaten und Wappen in unendlicher Zahl geschmückten Restaurationshalle ihr Frühstück ein, bis die Glocke des Präsidenten zur Sitzung ruft. Manchmal dauert es recht lange, bis das erste Gähnen der Abgeordneten sich vernehmen läßt. Immer wieder erschallt die Glocke, deren Signal aufgenommen wird durch die elektrischen Klänge der Schriftführer, welche durch das ganze Haus ruft. Endlich haben sich die Redner, welche sich nur schwer von Frühstückstisch trennen konnten, eingefunden, und die Sitzung kann beginnen. Heftig geht es nicht zu am Königspalast, und die Zeiten, in denen bei einem Glase Biers oder Zelt gar mancher Fremdenstisch in den traulichen Räumen des alten Reichstages sich über die Längsbänke langer Medien hinausdrückt, sie sind dahin. Viel leicht ist das helle, kalte Licht daran schuld, welches durch die hohen Fenster von der Siegeshalle in die Speisehalle fällt, vielleicht sind die Redner müde geworden. Ohne sonderliche Erregung mischen sich in solchen Zeiten die Sitzungen ab, die Kommissionsmitglieder bedrängen die Rednertribüne und halten die Medien, die sie in den Kommissionen gehalten, in verlängerten und oft verdünnten Aufguss. Jeder, der interessiert die übrigen Kommissionsmitglieder wenig. Die anderen Abgeordneten oft gar nicht.

Geschäftsmäßig erfolgen die Abstimmungen; nur eines ist fatal; gar oft hängt das Sammelgeschick der Abstimmung über dem beschuldigten Hause. Da steht man, wie sich Gruppen bilden, die eifrig verhandeln. Die Temperatur des Hauses wird um einige Grad erhöht, offenbar stinkt man auf Mittel und Wege, um den Störenfried, der dem deutschen Volke wieder einmal wehthun will, wie wenig seiner Vertreter bei oft wichtigen Gelegenheiten zugegen sind, zu bestrafen. Endlich ist der Ausweg gefunden, und die Sitzung ist vorüber. Die Abstimmung hat die Annahme der Kommissionsbeschlüsse ergeben, und die sorglosen Wägen derselben athmen erleichtert auf. Das sind die Tage, die so oft zu bitterer Kritik über das pflichtwidrige Verhalten der Redner heraufzuführen.

Gestirne weilen indessen bei den heimischen Senaten, geben ihren Beschlüssen nach und erzielen ihre Kinder und warten, bis der tele-

Jahre auszusprechen. Die Delate waren fast vollständig vereinigt. Defan Hummel von Ebneth führte dem „Freib. Bot.“ zufolge u. A. aus: „Nicht soll uns behören der Sirenenfang vom sog. religiösen Katholizismus und auch nicht einschüchtern das Schlagwort „politischer Katholizismus“. Katholische Priester wollen wir sein, wie wir sind, aber, wie Ew. Excellenz sich ausdrückt: Praktische Katholiken überall, allezeit und in Allem dabei sein, wo es gilt zu kämpfen für die Ehre Gottes, das Wohl der Kirche und das Heil der Seelen. Zahlreicher als gewöhnlich sind wir heute hier versammelt, um gemeinsam und öffentlich es auszusprechen, wie überaus bitter wir es empfinden, daß man der Förderung der Kirche auf Zulassung männlicher Ordensgesellschaften bis jetzt noch nicht gerecht worden ist; mehr als sonst sind wir aus allen Theilen der Erzdiocese hierher gekommen, um laut unseren Absichten und unsere Entschlossenheit kundzugeben über die unqualifizierbaren Angriffe, denen im letzten halben Jahre besonders unsere hl. Kirche und Sie, hochwürdigster Herr, ungeschützt und ungestraft ausgesetzt waren.“ Der Erzbischof dankte und ging dann näher auf die einzelnen Punkte der Ansprache ein. Er betonte hauptsächlich, daß es mehr denn je nothwendig sei, daß der Bisthofsanstalt sich um die Spitze schaare und treu mit ihr zusammenstehe. Hieraus begaben sich die Geistlichen zum Weihbischof, woselbst Defan Rimmele von Bombach die Glückwunschanrede hielt.

* Aus der Pfalz, 8. Jan. (Der Bund der Landwirthe), Abtheilung Pfalz, hält nächsten Sonntag in Niederlauterbach eine Wahlkreisversammlung für den Wahlkreis Berggäubern-Germersheim ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Abtheilung Pfalz, des Gutsherrn H. Stauffer II., Oberführer über das Thema: „Warum ist der Postarat nicht zu Gunsten der Landwirtschaft ausgefallen?“ Der Wahlkreisvorsitzende H. d. Wollmerdinger behandelt in einem zweiten Vortrag das Thema „Stellungnahme des Bundes gegen das Eisenacher Programm der Nationalliberalen“. Wir haben, bemerkt die „Pfalz“, dazu, nicht offen im Wahlkreis Berggäubern-Germersheim einer Versammlung der nationalliberalen Partei und des Bundes der Landwirthe, die hier mehr denn sonstwo auf einander angewiesen sind, das Wort geredet. Vorträge wie derjenige des Vorsitzenden vom Bunde der Landwirthe scheinen uns aber hierzu wenig geeignet. Nicht das Trennende, sondern das Einigende hervorzuheben, ist unserm Wahlkreise noth.

* Berlin, 8. Jan. (Ueber das Streikposten-Verbot) hat jüngst nach der „Pos. Ztg.“ das Kammergericht eine Entscheidung gefällt. Bei einem Streit unter den Bauhandwerkern im letzten Sommer hatten in Posen die Streikenden auch auf dem Bahnhof Streikposten aufgestellt, um Zugzug fernzuhalten. Einige der Streikposten wurden von einem Polizeibeamten aufgefordert, sich aus der fraglichen Gegend zu entfernen. Als die Streikposten sich nicht sofort entfernten, wurden sie zur Anzeige gebracht und auf Grund einer Straßenpolizeiverordnung vom 5. März 1901 angeklagt, monach sich derjenige strafbar macht, welcher den zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ruhe auf öffentlichen Straßen ergangenen Anordnungen nicht Folge leistet. Das Schöffengericht verurtheilte jeden der Angeklagten zu einer Geldstrafe und die Strafkammer verwarf die eingelegte Berufung. Wegen dieses Urtheil legten die Angeklagten Revision beim Kammergericht ein. Der Strafsenat des Kammergerichts wies indessen die Revision als unbegründet zurück und machte u. A. geltend, an sich sei das Streikpostenstellen eine strafbare Handlung, strafbar machen sich aber Streikposten, welche einer Straßenpolizeiverordnung zuwiderhandeln, die vorschreibt, daß den zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung auf der Straße erlassenen Anordnungen von Vorgesetzten Beamten Folge zu leisten sei.

— (Ein gewaltige Zunahme der Geschäfte) der deutschen Gerichtsbehörden hat, wie aus der jüngsten in den Statistischen Vierteljahrsheften veröffentlichten Uebersicht über die Ergebnisse der deutschen Justizstatistik für 1901 hervorgeht, auf allen Gebieten, sowohl in civilrechtlichen wie in strafrechtlichen Sachen, stattgefunden. Besonders stark war die Steigerung bei den Civilprozessen, die im letzten Jahre um etwa 13 v. H. zugenommen haben und sich bei den Landgerichten in 20 Jahren mehr als verdoppelt haben und auch bei den Amtsgerichten um 85 v. H. gehoben sind.

— (Landesversammlung der Deutschen Partei.) Für die am 18. Januar in Stuttgart stattfindende Landesversammlung der Deutschen Partei Württemberg ist folgende Tagesordnung festgesetzt: Begrüßung durch den Vorsitzenden; Geschäftsbericht, erstattet von Prof. Mezger; Auswahl des engeren Landesauschusses; Bericht des Abg. v. Sey über die Arbeiten des Landtages, Bericht des Abg. Prof. Dr. G. Leber über den Reichstag; Vortrag „Wir und unsere Gegner“ von Dr. Meißner; Anträge aus der Versammlung.

graphische Auf der Geschäftsführer der Fraktionen sie daran erinnert, daß Würde im Leben mit Würde verbunden. Dann kommen sie in hellen Schauern, dann füllen sich die Rastlöcher, und in den Schlafwagen und den Wägen erster Klasse ist für gewöhnliche Sterbliche kein Platz zu finden. Das sind die großen Tage des Parliaments, die sich so anknüpfen, die Tage der Militär- und Flottenverlegen, des Zolltarifs und der Handelsverträge, auch die der Dinge nicht zu vergessen; da steht man den Speisefaal gefüllt, und lastig eilen die Kellner, die sonst halb schlafend in den Ecken stehen, um die hungrigen Provinzler zu bedienen. Im Refectal ist kein Stuhl frei und selbst in der stillen Bibliothek, in der es sich sonst so beschaulich arbeiten läßt, sind die Tische besetzt. Da tauchen die langen, schwarzen Röcke in großer Zahl auf, und vergnügt geht es von Mund zu Mund: „Die Bayern sind da!“ Die Wandelhalle füllt sich mit Menschen, mit glänzenden, welche die Eintrittskarte zur Tribüne schon besitzen, mit den vielen, die ihre Hoffnung auf Eintritt auf ihren Abgesandten setzen, mit enttäuschten Gesichtern, denen die Mittheilung wurde: „Alle Karten vergeben!“ Da steht man die ständige Zahl der Diener ellenden Schrittes ihre Aufträge befragen, und in dem sonst so stillen Saale hat eine lebhaftere Bewegung Platz gegriffen. Die Fraktionsführer schreiten mit erster Miene dem Saale zu, sie begeben sich auf ihre Plätze, um einen letzten Blick in ihre Notizen zu werfen. Eifrige Unterhaltung herrscht im Saale; in den Fraktionen steht man, wie lebhaft, geküßte Gruppen sich bilden. Der Präsident gibt das Zeichen zum Anfang, die Stühle klappen, ein Mannchen geht durch den Nebentisch der Journalisten, und das Redetournee beginnt.

(Schluß folgt.)

Sächsishe und toscanische Liebesgeschichten in alter Zeit.

Geiztutage, da die sogenannten Mesallianzen so häufig geworden sind und selbst Mitglieder regierender Familien auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten stoßen, wenn sie „dem Zug

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 9. Januar 1902

Die Terrainbefitz-Verhältnisse auf der Rheinau.

Anknüpfend an die jüngst in Mannheim stattgefundene Versammlung der Obligationäre der Rheinau, S. m. b. H., über die der „General-Anzeiger“ in Nr. 606 vor. H. berichtete, bringt die „Frankf. Ztg.“ eine Zuschrift aus Mannheim, die verschiedene Unrichtigkeiten enthält. Diese Zuschrift lautet:

Die Generaldirektion der badischen Staatsbahnen hat der Betriebsgesellschaft für den Rheinauhafen m. b. H. rund M. 1,30 Mill. für die Erwerbung der Hofen- und Bahnanlagen geboten, unter der Bedingung, daß das Gelände, auf dem die Hofengeleise liegen, und ferner das eine der parallelen Geleise selbst kostenlos an die Staatsbahnen übergeben. Die gleichen Bedingungen griffen i. H. für die Uebernahme der Karlsruher und der Mannheimer Hofenanlagen durch den Staat. Ein Konsortium, unter Führung der Rheinischen Kreditbank, dem noch die Süddeutsche Bank, die Deutsche Genossenschaftsbank, die Hannoversche Bank und die Firma G. H. Meißner & Söhne in Stuttgart angehören, hat der Rheinau gegen erheblichen Eintrag auf gewisse Gelände vor etwa 4 Jahren M. 2 Millionen geliehen. Darunter befindet sich Gelände, auf dem Geleise liegen. Da die Hofenverwaltung bis jetzt für die Gesellschaft veräußert worden war, würde die Uebernahme durch den Staat, der dann auch alle Unterhaltungskosten trägt, eine Entlastung des Rheinau-Unternehmens bedeuten. Das Konsortium weigert sich nun aber, die Geleiseflächen ohne entsprechende Zahlung freizugeben, während eine partielle Betriebsübernahme der Staat ablehnt.

Nun hat allerdings Direktor Böhm das Konsortium auf folgende Weise benachteiligt: Die Hypothekierung des Geländes erfolgte schon 1898, als das zweite und dritte Hofenbeden noch nicht hergestellt waren. In Folge der jetzt angestellten Untersuchungen hat sich herausgestellt, daß das in Badenheim geführte Grundbuch infolgedessen nicht mit den Thatsachen übereinstimmt, als die Grundflächen, die jetzt als Hofenbeden dienen, demnach nicht mehr vorhanden sind, im Grundbuch noch nicht abgeschrieben waren, obwohl dieselben kraft Gesetz als Wasserflächen in den Besitz des Staates übergeben. Weithin verläßt es sich mit Gelände, das von den verpänderten Terrainen an Straßengraben verwendet wurde. Dadurch hat sich das Pfand der 5 Banken von ursprünglich 800 000 Ctm. auf 600 000 Ctm. reduziert. Die badische Amortisationskasse, die ebenfalls gegen Verpändung von Gelände der Rheinau ein Darlehen von M. 1 Million gewährte, hat sich das Gelände selbst ausmessen lassen und ist von solchen Ueberraschungen verschont geblieben. Von den von der Rheinau-Verwaltung gebotenen M. 1,30 Mill. hätte das Konsortium nach Verhältnis der Geleise-Kilometer, die auf seinem Gelände liegen, nur M. 300 000 zu verlangen. Das Konsortium fordert aber ursprünglich M. 1 Million und hat erst jetzt seinen Anspruch, wie ich höre, auf M. 650 000 ermäßigt. Von den gebotenen M. 1,30 Mill. gehören den Gläubigern der Betriebsgesellschaft M. 1 Million und können nicht von den Gläubigern der Rheinau beansprucht werden.

Die Verhandlungen mit dem Konsortium nehmen natürlich ihren Fortgang; es bleibt zu wünschen, daß sie zu einer Einigung führen, um einen Zusammenbruch der Rheinau-Unternehmen zu vermeiden.

Zu dieser Zuschrift der „Frankf. Zeitung“ erfahren wir Folgendes:

Es ist zunächst nicht richtig, daß die feinerzeitige Gewährung einer Anleihe durch ein Konsortium unter Führung der Rheinischen Kreditbank erfolgte. Die Anleihe geschah damals durch die Mannheimer Bank in Verbindung mit den übrigen genannten Banken. Bei der Fusion der Mannheimer Bank mit der Rheinischen Kreditbank ging natürlich die Forderung der letzteren an die Rheinau auf die Rheinische Kreditbank über. Letztere selbst hat nie in irgendwelchen Beziehungen zur Rheinau gestanden.

Was die Mittheilung anbelangt, daß die von dem verpändeten Terrain zu Wasserflächen umgewandelten Theile kraft Gesetzes in den Besitz des Staates übergeben, so ist dies richtig, unrichtig ist dagegen, daß es sich ähnlich mit dem zu Straßengraben benutzten Gelände verhalte.

Was die Ausführungen der „Frankf. Ztg.“ über das Darlehen der badischen Amortisationskasse anbelangt, so ist es allerdings zutreffend, daß sich die Amortisationskasse das ihr verpändete Gelände hat ausmessen lassen und sie dadurch vor einer „falschen“ Uebereinschätzung verschont geblieben ist. Dagegen dürfte für die badische Amortisationskasse eine Uebereinschätzung darin liegen, daß das ihr verpändete Gelände nicht direkt am Wasser liegt, während das ringum an die Straßen, Eisenbahngeleise und Uferbefestigungen greizende Gelände meist dem Konsortium verpändet worden ist, ein Gelände also, mit dem unter allen Umständen gerechnet werden muß.

ihres Herzens“ folgen wollen, erscheint es kaum glaublich, wie schwer und oft unmöglich manchem verliebten Paar in der guten, frommen alten Zeit das Heirathen gemacht wurde. Und solche Bedorunung traf nicht bloß Personen, die in der Nähe des Thrones geboren waren, sondern auch adelige, bürgerliche und bäuerliche Unterthanen, wenn es den Regierenden gefiel.

Mazoni hat, so schreibt Dr. Landau in der Wiener „Zeit“, ein solches Heirathhindernis zum Inhalte seines historischen Romans „Die Verlobten“, in dem sich aber die Landleute Renzo und Lucia nach vielen Leiden und Verfolgungen endlich „kriegen“. Ich will hier von zwei Liebespaaren aus viel vornehmerem Stande erzählen, deren Schicksale viel trauriger waren, und — ich erzähle keinen Roman, sondern wahre historische Thatsachen, meinen verlässlichen Quellen treu folgend. Diese sind für den einen Fall die fünf Quartbände starke „Geschichte von Toscana (Storia del Granducato di Toscana)“ unter der Herrschaft des Hauses Medici, welche im Jahre 1781 mit Bewilligung der Censur in Florenz erschienen ist. Sie wurde nach archivalischen Quellen von Riquelme Galluzzi im Auftrage des Großherzogs Leopold, der später einer der besten deutschen Kaiser geworden und für Oesterreich zu früh schon 1792 gestorben ist, verfaßt. Ich bitte den Leser, dies nicht zu vergessen.

Galluzzi erzählt nun Folgendes: Unter der Regierung des Großherzogs Cosmo III. († 1723) lebte in Florenz der Ritter Robert Acciapoli als Ältester Sohn seiner vornehmen Familie, durch Naturanlage, sorgfältige Erziehung und auf Reisen erworbene Bildung seinen Standesgenossen sowohl in moralischer als intellectueller Beziehung überlegen. Er verlebte sich in die seiner durchaus würdige, ebenso schöne als vornehme junge Wittne Elisabeth Berardi geborene Mormorai. Seine Liebe ward erwidert und der Eheheißung schien nichts im Wege zu stehen. Aber Ritter Robert hatte einen ehelichen Onkel, den Cardinal Acciapoli, der ihn mit der Tochter einer einflussreichen

Das dem Bankensortium ursprünglich verpändete Gelände betrug 830 000 Ctm., von welchem circa 114 000 Ctm. für Hofenanlagen abgeben, sodas immerhin noch circa 700 000 Ctm. übrig blieben, aber nicht nur 800 000 Ctm., wie der Artikel der „Frankf. Ztg.“ angibt. Nach der vorsichtigen Schätzung repräsentiert dieses Gelände einen Werth von über 3 Mill. Mark. Von diesem 700 000 Ctm. großen Gelände müßte das Bankensortium etwa 100 000 Ctm. an die Staatsbahnenverwaltung als Schienengeleise abtreten. Von der vom Gläubigerausschuß der gemeinsamen Rheinangelegenheiten ernannten, aus den Herren Baumeister Ludwig Mannheim, Architekt Jelmoli-Mannheim und Domänendirektor Hoffmann-Karlruhe bestehenden Sachverständigenkommission ist das für die Abtretung in Frage kommende Gelände auf 8 Mark pro Quadratmeter geschätzt worden, also zusammen auf über 800 000 Mark. Wenn nun das Bankensortium für die Abtretung dieses Geländes von der Rheinau — mit der badischen Eisenbahnverwaltung selbst hat ja das Konsortium nichts zu thun — 850 000 M. verlangt, einschließlich dem darauf liegenden Geleise, das ja dem Pfand zugewachsen ist, so dürfte dies keine unbillige Forderung sein.

Das Einschachte wäre allerdings, wenn die an der Rheinau beizuliegenden Hauptinteressen die Anleihe von 2 Mill. Mark zurückzahlen würden, um wieder das uneingeschränkte Verfügungsrecht über das ganze dem Bankensortium verpändete Gelände zu erhalten. Es dürfte dann das Abkommen mit der badischen Staatsbahnverwaltung bedeutend erleichtert werden.

Fürsorge für Lungenkranke in Mannheim.

Wir erhalten von hochgeschätzter Seite folgende Zuschrift:

Ein in Nr. 8 Ihres geschätzten Blattes veröffentlichter Artikel beschäftigt sich mit der Fürsorge für Lungenkranke in Mannheim. Der Verfasser dieses Artikels schildert die zur Zeit in fast allen deutschen Städten ergriffenen Mittel und Wege zur Bekämpfung dieser furchterlichen Volksseuche. So sehr wir die Begeisterung des Verfassers für diese schöne Aufgabe anerkennen und theilen, so müssen wir aber doch seine einmüthigen Vorwürfe gegen unsere Stadtverwaltung als durchaus verfehlt erklären. Er greift aus dem Artikel in Nr. 18 des zweiten Jahrgangs der „Mittheilungen für die Armen- und Waisenspflege der Stadt Mannheim“ die einfache Thatsache heraus, daß im Jahre 1900 9 Tuberkulose von der Stadt in der Lungenheilanstalt Nordrach mit einem Kostenaufwand von 2577 (nicht 1000 A wie der Herr Verfasser schreibt) verpflegt wurden. Er hätte leichter sagen können, daß die von der Stadt hierfür bestimmte Summe 20 000 A beträgt, da es unzähliger Armerärzte bedurft hätte, um mehr Geld auszugeben und Größeres zu leisten. Der Verfasser beschwört ferner, daß alle Vorbereitungen für die Errichtung einer Lungenheilanstalt im Schriesheimer Thal getroffen und hierzu 180 000 A, theils von der Stadt, theils von Privaten, theils von der deutschen Centrale für Lungenheilanstalten gestiftet, gesichert sind. Der Kaufvertrag bezüglich des Terrains ist bereits fertig zur Vorlage an den Bezirksrath, aber die Gemeinde Schriesheim weigert sich noch und an einem anderen Platze in der Rheinheide hätte eine Lungenheilanstalt eben doch keinen rechten Sinn. Solche Thatsachen sollte man aber wissen, ehe man urbi et orbi solche Vorwürfe erhebt.

Daß die hiesigen Aerzte von den bestehenden Lungenheilanstalten fleißig Gebrauch machen, zeigt auch die vom Herrn Verfasser erwähnte Ueberfüllung von Friedrichsheim mit Mannheimern. Unrichtig aber wäre es, hieraus schließen zu wollen, daß Mannheim in Bezug auf tuberkulöse Sterblichkeit im Lande oben an stehe. Mannheim kommt hierin erst an 12. Stelle nach Schöppingen, Heidelberg, Freiburg, Wiesloch, Karlsruhe, Baden-Waden etc. Auch hat die Sterblichkeit an Tuberkulose in der letzten Zeit trotz des starken Zugzugs von Arbeiterbevölkerung eher abgenommen. Dieselbe betrug im Jahre 1892 noch 4,42 pro Mille, 1901 nur 2,09 pro Mille. Ehe Mannheim Industriestadt war, hatte es allerdings betreffend der Tuberkulose eine noch günstigere Ziffer.

Für eine Lungenheilanstalt eignet sich die nächste Umgebung Mannheims, wie überhaupt die Rheinebene nicht. Wenn die Schriesheimer Anstalt sich nicht ermöglichen läßt, müßte eben eine andere Obdachstätte, z. B. das Klosthal-Plateau, in Aussicht genommen werden.

römischen Familie verheirathen wollte, um sich deren Unterstützung bei seiner Bewerbung um den päpstlichen Thron zu sichern. Da er weder durch Bitten noch durch Versprechungen und Drohungen den verlebten Neffen von seinem Vorhaben abbringen konnte, wendete er sich an den Großherzog und sagte es durch, daß dieser die schöne Wittne in ein Kloster einsperren ließ.

An direktem Verkehr gehindert, gelang es den Liebenden, sich brieflich mit einander zu verständigen und zu vermählen. Zum Standesamt brauchte man damals in solchen Fällen nicht zu gehen, und die Ehe war, wie Galluzzi berichtet, mit allen Erfordernissen der kirchlichen Besetze geschlossen und nach kanonischem Recht unanfechtbar. Ritter Acciapoli konnte aber die mehrfachen Regierungsmagazine und begab sich der größeren Sicherheit wegen nach Mantua, wo er seine Eheheißung beantragte und nach den toscanischen weltlichen und geistlichen Behörden die Freilassung seiner Gattin verlangte. Großherzog und Cardinal antworteten mit Drohungen und ließen die Stroh-wittne aus dem Kloster auf die Festsung bringen. Nun wendete sich Ritter Robert mit seinen gedruckten Denkschriften an die Oeffentlichkeit und an das Cardinalcollegium, da für den kurz vorher (1. Februar 1691) verstorbenen Papst Alexander VIII. noch kein Nachfolger gewählt worden war.

Die Angelegenheit erregte in Italien großes Aufsehen und allgemeine Theilnahme für das Ehepaar, Unwillen gegen den Großherzog und den Cardinal. Dieser suchte die ganze Schuld auf die anderen Familienmitglieder zu schieben, fand aber keinen Glauben bei seinen Kollegen und verlor jede Aussicht auf die dreifache Tiara. Der schlaue Großherzog gab aber scheinbar nach und ließ Frau Elisabeth frei. Sie traf mit ihrem Gatten in Venedig zusammen, konnte aber kaum einen Honigmonat der Ruhe genießen, denn der Großherzog setzte bei der Regierung der Republik die Ausweisung der Reuermädchen durch. Sie woll-

Ganz unrichtig ist es ferner, was der Verfasser über die Isolierung der Tuberkulösen im hiesigen Allgemeinen Krankenhaus sagt. In dem circa 600 Betten enthaltenden Allgem. Krankenhaus sind zur Zeit für nicht transportable schwerkranke Tuberkulöse nur zwei Zimmer reserviert. Das Gros der Tuberkulösen-Kranken befindet sich in dem Isolirungsareal, in dem hierfür 48 Betten für Männer und 32 Betten für Frauen zur Verfügung stehen und täglich ärztlicher Besuch stattfindet. Schwerkranke und heilbare Lungenerkrankte sind getrennt.

Wenn wir nun hiermit glauben, die meisten, wenn nicht alle Ausstellungen des Herrn Verfassers richtiggestellt zu haben, so sind wir doch dem Herrn für seine Anregungen dankbar, denn nur dadurch, daß das öffentliche Interesse für alle derartigen humanitären Fragen, wie Wohnungshygiene, Findelhäuser, Krippen, Heil- und Genesungsbäuser, Krankenhausembau etc. wachgehalten wird, dürfen wir auf ein rascheres Tempo derselben hoffen.

Personalnachrichten. Verstorben die Eisenbahn-Eggeditionsassistenten: **Ossner**, Karl, von Mannheim nach Konstanz; **Unger**, Hugo, von Remchingen nach Mannheim; ferner **Jimmermann**, Emanuel, Heinrich, Reservist in Mannheim nach Konstanz.

Alldeutscher Verband, Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen. Am Dienstag, 12. Januar, soll in unserer Stadt, im Hotel „Maiserhof“, P. 4, 4, ein von der hiesigen Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes veranstalteter Vortrag des früheren Herausgebers der Groß-Hannoverschen Zeitung, **Arthur Korn**, über die „deutsche Bewegung im Banat“ und die Deutschen-Verfolgungen in Ungarn stattfinden. In der letzten Zeit ist der Name Korn in der Presse oft genannt worden. Es ist bekannt, wie der berühmte Wunsch der Deutschen im Banat, die über eine Million Seelen stark sind und vorwiegend schwäbischer bzw. süddeutscher Abstammung sind, sich ihre Volkstümlichkeit und ihre Sprache zu erhalten, von den magyarischen Radscharen in Ungarn mit den allerbrutalsten Mitteln bekämpft wird. Die Führer der deutschen Bewegung dort haben unter der Verfolgung seitens der ungarischen Regierung schwer zu leiden, und Korn ist einer der Opfer dieser Verfolgungswelt. Er mußte schweren Herzens Ungarn verlassen.

Silberne Hochzeit. Am nächsten Dienstag, 13. d. M., feiert Herr Peter Rhein mit seiner Gemahlin Anna Elisabeth geb. Weinbach hier, das Fest der silbernen Hochzeit. Herr Rhein ist seit langen Jahren bei der Firma C. Hiltl hier tätig und Vorstand des Gesangsvereins Erholung.

Abkühlungswetter auf dem Schwarzwald. Die hiesige Anstaltsstelle des Schwarzwald-Vereins schreibt und: Seit Dienstag ist auf den Höhen von Baden-Baden, Sand, Hundsbach etc. das reinste Kälteabkühlungswetter eingetreten, mit Schneefällen, wie es im Mai nicht schöner sein kann. Aller Schnee ist verschwunden.

Chorleiter-Verbands-Wahl. Der diesjährige große Rosenball zum Wehen der Pensionisten des „Allgemeinen deutschen Chorleiter-Verbands“ findet am Samstag vor Faschabend, den 21. Februar, in den Apollohallen statt.

Verdammender und Preisgerichtsschicksal. Wie schon erwähnt, findet am Sonntag, 11. d. M., das Preis- und Schauspielfest im Casino R. 1, 1 statt. In dieser bedeutenden sachlichen Veranstaltung haben die hiesige Handwerkskammer, die Firmen Roesch und Weidenbach, J. A. Jacob und L. Kreuz Ehrenpreise gestiftet. Ausgestellt sind die Preise bei der Niederlage der Wirt. Metallwarenfabrik Geislingen A. Bieglwaller, O. B. Das Preisgericht besteht aus den Herren Geisler, Weidenbach und A. Weidenbach. **Verdammender und Preisgerichtsschicksal.** Die umlagerechneten Steuer-Einkommen haben für das Jahr 1901 in Karlsruhe betragen: 1. Grund- und Haussteuerkapitalien 12 017 960 M., 2. Gewerbesteuerkapitalien 12 847 800 M., 3. Einkommensteuerkapitalien (einfach) 8 881 775 M., 4. Kapitalertragsteuerkapitalien (einfach) 8 846 800 M., zusammen 31 973 335 M. Mannheim mit Kaiserhof und Karlsruhe 790 824 715 M.

Die nachstehenden Angaben über den jüngsten Weihnachts- und Neujahrsvorkehr bei den hiesigen Postanstalten (ausschließlich der Postorte) dürften von allgemeinem Interesse sein. Es sind: a) in der Zeit vom 16. bis einschließlich 24. Dezember 33 345 Pakete aufgegeben worden (gegen 82 456 im Jahre 1901), b) in der Zeit vom 16. bis einschließlich 25. Dezember 28 332 Pakete zur Verteilung und Abholung eingegangen (gegen 27 702 im Jahre 1901). Demnach sind hier im Ganzen 61 677 oder täglich durchschnittlich 7752 Pakete verteilt worden (gegen 7563 im Jahre 1901) bearbeitet worden (ohne den Zuzugangsvorkehr — Umleitung auf Bahnhöfe —). In der Zeit vom 27. Dezember Mittags bis 31. Dezember Abends sind an den Schaltern im Ganzen 818 177 Freimarke getauschte Postkarten und Kartenbriefe (gegen 790 207 im Jahre 1901), darunter 158 641 Karten zu 2 M., 304 286 zu 3 M., 174 645 zu 5 M., 112 541 zu 10 M., 10 295 Postkarten zu 2 M., 19 248 Postkarten zu 5 M. und 210 Kartenbriefe verkauft worden. Von diesen Mengen entfallen auf die Zeit vom 30. Dezember Mittags bis 31. Dezember Abends insgesamt an Freimarken, getauschten Postkarten und Kartenbriefen 393 393 (gegen 399 544 im Vorjahre).

Ein vorzügliches karnevalistisches Vergnügen des verstorbenen Geh. Kommerzienrats Herrn Dissen ist in dem Schauspieler des Hoftheaters H. S. 111, Pfälzer Hof, ausgestellt.

ten sich nach Deutschland begeben, wurden aber schon in Triest angehalten und dem Großherzog ausgeliefert. Er ließ den Ritter in den Kerker der Festung Volterra bringen, wo er bis zu seinem Lebensende verblieb; sein Vermögen erhielt der jüngere Bruder.

Und die junge Gattin? Man ließ ihr die Wahl zwischen lebenslänglichem Gefängnis und Anerkennung der Ungültigkeit ihrer Ehe. Sie — Gott Amor, ziehe die Binde um deine Augen leiser — die Worte Dante's

Per lei assai di lieto si comprende
Quanto in femmina fuoco d'amor dura
Lo pocch'io o' tutto nol rivedendo . . .

bekräftigend, entschied sich, „einmal mit ihrem Kummer, aber in Freiheit zu leben“, und verzichtete auf den Gatten. Oder, wie ein gefühlvoller Florentiner Journalist sagte, „sie fühlte, daß die Ansicht ihrer Leiden im Gefängnis die des Gatten verdoppeln würde, und zog es vor, in Freiheit ihr verlorenes Glück zu genießen“.

Ein halbes Jahrhundert später starb der letzte Mediceer und Cosimo kam an das Haus Habsburg-Lorraine. Das Volk sagte, daß die Gräfin der Mediceer sei die Strafe Gottes für das ungerechte Vorgehen des Großherzogs Cosimo. Der hatte dies freilich nicht vorausgesehen, als er fortfuhr, in alle Familienangelegenheiten seiner Unterthanen despotisch einzugreifen, wobei er sich besonders der Mönche als Aufpasser und Aufseher bediente. Die Unterthanen sollten nicht bloß gehorchen, sondern auch feilschen und fromm sein. Auf den Rath eines Dominikaners wogte er verfeindete Familien, miteinander in Feindschaft zu ziehen, was die mit der Ausführung betrauten Mönche mißbrauchten, indem sie die vornehmen Familien tyrannisierten und

ihren Verwandten und Protektionkindern große Mitgiftten verschafften.

Unter dem Vorwande, die Sittlichkeit zu befördern und das Verbrechen zu verhindern, erließ Cosimo im Jahre 1691 ein Gesetz, das jungen Männern bei schwerer Strafe den Besuch von Familien verbiet, die heidnische Mönche besaßen. Dadurch, sagt Galluzzi, bekamen die Mönche das Monopol der Heirathsvermittlung und Eheführung. Und dies erregte um so größeren Unwillen, als die geistlichen Sittlichkeit und Keuschheitskämpfer selbst ein unsittliches Leben führten. Wurden sie erwischt, so trat die Strafe nur die schlimmsten Frauen, welche die unehelichen Mönche (innocenti colombe insidiante dall'altri malignità) verführt hatten.

Aber das Ausvergehe erregte solchen Unwillen und solche Klagen, daß es nach fünf Jahren aufgehoben werden mußte.

Wunder tauglich als die Florentiner erben eine neapolitanische Heirathsgechichte aus etwas späterer Zeit, deren Held ein sächsischer Prinz war. Seine Quellen dafür sind: Dr. Karl v. Weber's „Moritz Graf von Sachsen, Marschall von Frankreich“, der sächsische Archidialen besuchte, und eine von mir in der Bibliothek der Societa di storia patria in Neapel gefundene handschriftliche Chronik aus den Jahren 1700 bis 1729. Die Heirathsgechichte betrifft aber nicht den Sieger von Fontenoy (1745), sondern den Besiegten von Rossbach (1757), den kaiserlichen Feldzeugmeister Josef Wilhelm Friedrich Herzog von Sachsen-Hildburghausen (geboren 1702, gestorben 1787). Als junger kaiserlicher Offizier befand er sich im dritten Jahrzehnt des achtzehnten Jahrhunderts in Neapel, das damals dem Kaiser Karl VI. gehörte. Dort hatte er im Dezember 1722 ganz allein auf einer Jagdpartie einen der gefährlichsten Raubmörder gefangen genommen und in die Hauptstadt gebracht, was ihm allgemeine Bewunderung eintrug. Einige Jahre später lernte er dann eine schöne vornehme Neapolitanerin aus der Familie des Herzogs von Mantua, Wittive des Marschese Serra, kennen und

verliebte sich in sie. Seine Liebe ward erwidert und die Verliebten wollten zum Traualtar eilen. Sie stießen aber auf ein Hinderniß, worüber die Verlobten nicht einig sind. Nach der Chronik wollte die Familie der Braut ihre Einwilligung nicht geben wegen der Extravaganzen des Prinzen, „der sich wie ein Verwilderter benahm“. Nach Weber's Angabe hatte der verstorbene Marschese Serra verfügt, daß das von ihm hinterlassene große Vermögen im Falle der Wiederverheirathung der Wittive nicht an diese, sondern an andere Personen fallen sollte. Die junge Frau war zwar bereit, aus Liebe zum Prinzen das Erbe zu opfern, aber ihre Verwandten wollten das Vermögen nicht aus der Familie kommen lassen, den Prinzen aber nicht durch eine direkte Abweisung beleidigen. Sie erklärten daher, daß sie als gute Katholiken in die Heirath mit einem Keger — der Prinz war Protestant — nicht einwilligen könnten. Prinz Josef Friedrich trat, wie beide Berichte übereinstimmend lauten, im Oktober 1727 zum Katholizismus über. Er wechselte, um die Selbste zu erlangen, seine Konfession, wie einige Jahrzehnte früher sein Verwandter, der Kurfürst von Sachsen, sie gewechselt hatte, um die polnische Königskrone zu erlangen. Aber er erreichte doch nicht seine Absicht. Einige Tage vor der Trauung, die im Dezember 1727 stattfinden sollte, verschwand die Braut, und erst durch einen Brief aus Rom vom 3. Januar 1728 erfuhr man, daß ihre Verwandten sie aus Neapel entführt und auf ein entferntes Schloß gebracht hatten. Zugleich hatten sie in Wien erwirkt, daß dem Prinzen der Befehl erteilt wurde, Neapel so gleich zu verlassen und nach Oesterreich zurückzukehren.

So Weber. Dagegen schließt der Chronist die ganze Schuld auf die Braut. Sie habe sich anders besonnen, sagte er, wie denn die Unbeständigkeit stets wesentliche Eigenschaft des weiblichen Geschlechts sei und ließ dem schon katholisch gewordenen Geliebten ganz profanisch sagen, sie werde ihn nur heirathen, wenn er ihr ein genügendes Einkommen in Neapel zugesichert und die Einwilligung seiner Familie beibringe.

„An ihr ist es gar leicht zu erkennen, wie lang im Weib der Eifer dauert, wenn es nicht Glück oft und Bekehrung anseht . . .“ (Uebersetzung des Königs Johann von Sachsen.)

Konfessionsverfahren. Ueber das Vermögen des Wirts Franz Dreyler, zum „Grafen Waldersee“, P. 4, 8, wurde das Konfessionsverfahren eröffnet. Konfessionsverwalter Wilhelm Jakob Damm hier. Forderungen sind bis 14. Februar anzumelden. Prüfungstermin: 27. Februar.

Pfalz, Hessen und Umabnung. **Ludwigshafen, 7. Jan.** Eine herrliche Dation war es, welche gestern Abend die Beamten und Arbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik ihrem Chef, Herrn Direktor Wischer anlässlich dessen Ernennung zum 1. Kommerzienrat, darbrachten. Unendlich war die Zahl der Fackelträger, welche sich gegen 7 Uhr in wohlgeordnetem Zuge vor die Wohnung des Gefeierten an der Fackeltrage begab und nach einer entzückenden Ovation den Weg nach dem Gesellschaftshaus der Bad. Anilin- und Sodafabrik nahm, wo eine gemüthliche Zusammenkunft der Theilnehmer stattfand. Tief bewegt dankte Herr Kommerzienrat Wischer für die ihm dargebrachte Ovation, es in seiner bescheidenen Art ablehnend, daß die ihm geworden hohe Auszeichnung lediglich seiner Person, sondern vielmehr dem von ihm geleiteten wohlbekannten Institut gelte.

Randshul (Pfalz), 6. Jan. Wie aus Antwerpen gemeldet wird, ist dort der Ruderer Heinrich Kehler aus dem benachbarten pfälzischen Dorf Niederbach, welcher in der Neujahrnacht den dortigen Polizeidiener erschossen hat und dann geflohen ist, kurz vor Abgang des Schiffs, das ihn nach Amerika bringen sollte, verhaftet worden.

Reins, 8. Jan. In Rombach hat der bekannte Gastwirt Engelbert Mühl. In den Kriegsjahren 1870/71 machte er den Feldzug gegen Frankreich als Unteroffizier im Hessen-Nassauischen Pionier-Bataillon mit und zeichnete sich bei Wisloch besonders aus. Mit drei anderen Pionieren verfaßte Mühl die über die Loire führende Brücke mit Sprengmaterial und sprengte sie in die Luft. Die auf dem gegenüberliegenden Ufer stehenden Franzosen feuerten ununterbrochen auf die tapferen Pioniere, aber diese blieben in dem Augenblicke stehen.

Bad Nauheim, 8. Jan. Hier erragt das Verschwinden des Groß. Musikdirektors Nachts aus Hannover, welcher 26 Jahre seine Dienste dem Anstalt übernahm, große Sensation. Allgemein ist man der Ansicht, daß der Staat dem verdienten Manne eine Pension geben mußte. Die Vermuthung, daß M. seinem Leben ein Ende gemacht hat, dürfte sich bestätigen, denn bei seinem Weggange im Herbst äußerte er mehreren Bekannten gegenüber, daß er, falls ihm die Stelle als Musikdirektor nicht mehr zugesprochen würde, sich das Leben nehmen werde.

Sport. **Major Kimmerte** hat die Absicht, sich mit Proto am Preis-Reiten in Frankfurt a. M. zu betheiligen.

Cheater, Kunst und Wissenschaft. **Kleine Mittheilungen.** Der Kaiser sandte der Norddeutschen Zeitung* zufolge an Professor von Smarck folgendes Telegramm: „Ich spreche Ihnen zur heutigen Vollendung Ihres 80. Lebensjahres meinen warmsten Glückwunsch aus. Möge durch Gottes Gnade Ihnen noch ein langer glücklicher Lebensabend beschieden sein, veredelt durch das Bewußtsein, daß die Erfolge Ihres arbeitsreichen Lebens der leidenden Menschheit zum bleibenden Segen gereichen. Wilhelm, L. R.“ — Die amerikanische Sängerin Aldora Duncan trat gestern Abend im neuen königlichen Operntheater zu Berlin zum ersten Male öffentlich auf und erzielte bei dem zahlreich erschienenen Publikum einen sehr lebhaften Erfolg. Die scharfe Bemerkung der Amerikanerin erschien auch bei ihrem öffentlichen Auftreten nicht im entferntesten indecent. Ihre Wirkung blieb auch hier rein künstlerisch. — Richard Stransonnel neues Schauspiel „Waterland“ erzielte bei der geistigen Aufführung im Thalia-Theater zu Hamburg einen starken Erfolg.

Neueste Nachrichten und Telegramme. **Privat-Telegramme des „General-Anzeigers“.** **Sauparl, 9. Jan.** Der Kaiser traf mit seinem Gefolge um 8 Uhr 45 Min. an der Kaiserallee ein, von 1001, ohne im Jagdschloß Aufenthalt zu nehmen, in das Revier Hallermundstopp-Burgberg weiterfuhr. Dort findet eine Sude mit Fährern auf Säuen statt. An der Jagd nehmen außer dem Gefolge auch Graf Waldersee und Minister v. Bodelschleier theil.

Hannover, 9. Jan. Der Kaiser traf gegen 2 Uhr aus Sauparl hier ein und fuhr unter lebhaftem Hochrufen der Menge nach dem Residenzschloß.

Greifswald, 9. Jan. Seitens der im hiesigen nationalen Wahlverein vereinigten hiesigen Konservativen und national-liberalen Wähler wurde in der gestrigen Generalversammlung einstimmig der freisinnigste Landtagsabgeordnete des hiesigen Wahlkreises, Justizrath Dr. Kretschmer, als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt.

Deutzen (Oberschlesien), 9. Jan. Nach Mittheilung der Verwaltung der Florentinergrube sind bei der heutigen Frühfahrt auf Cornalls Freudenfahrt 370, auf Lebensblutschicht 210 Mann nicht eingefahren. Die Ordnung

ihren Verwandten und Protektionkindern große Mitgiftten verschafften.

Unter dem Vorwande, die Sittlichkeit zu befördern und das Verbrechen zu verhindern, erließ Cosimo im Jahre 1691 ein Gesetz, das jungen Männern bei schwerer Strafe den Besuch von Familien verbiet, die heidnische Mönche besaßen. Dadurch, sagt Galluzzi, bekamen die Mönche das Monopol der Heirathsvermittlung und Eheführung. Und dies erregte um so größeren Unwillen, als die geistlichen Sittlichkeit und Keuschheitskämpfer selbst ein unsittliches Leben führten. Wurden sie erwischt, so trat die Strafe nur die schlimmsten Frauen, welche die unehelichen Mönche (innocenti colombe insidiante dall'altri malignità) verführt hatten.

Aber das Ausvergehe erregte solchen Unwillen und solche Klagen, daß es nach fünf Jahren aufgehoben werden mußte.

Wunder tauglich als die Florentiner erben eine neapolitanische Heirathsgechichte aus etwas späterer Zeit, deren Held ein sächsischer Prinz war. Seine Quellen dafür sind: Dr. Karl v. Weber's „Moritz Graf von Sachsen, Marschall von Frankreich“, der sächsische Archidialen besuchte, und eine von mir in der Bibliothek der Societa di storia patria in Neapel gefundene handschriftliche Chronik aus den Jahren 1700 bis 1729. Die Heirathsgechichte betrifft aber nicht den Sieger von Fontenoy (1745), sondern den Besiegten von Rossbach (1757), den kaiserlichen Feldzeugmeister Josef Wilhelm Friedrich Herzog von Sachsen-Hildburghausen (geboren 1702, gestorben 1787). Als junger kaiserlicher Offizier befand er sich im dritten Jahrzehnt des achtzehnten Jahrhunderts in Neapel, das damals dem Kaiser Karl VI. gehörte. Dort hatte er im Dezember 1722 ganz allein auf einer Jagdpartie einen der gefährlichsten Raubmörder gefangen genommen und in die Hauptstadt gebracht, was ihm allgemeine Bewunderung eintrug. Einige Jahre später lernte er dann eine schöne vornehme Neapolitanerin aus der Familie des Herzogs von Mantua, Wittive des Marschese Serra, kennen und

verliebte sich in sie. Seine Liebe ward erwidert und die Verliebten wollten zum Traualtar eilen. Sie stießen aber auf ein Hinderniß, worüber die Verlobten nicht einig sind. Nach der Chronik wollte die Familie der Braut ihre Einwilligung nicht geben wegen der Extravaganzen des Prinzen, „der sich wie ein Verwilderter benahm“. Nach Weber's Angabe hatte der verstorbene Marschese Serra verfügt, daß das von ihm hinterlassene große Vermögen im Falle der Wiederverheirathung der Wittive nicht an diese, sondern an andere Personen fallen sollte. Die junge Frau war zwar bereit, aus Liebe zum Prinzen das Erbe zu opfern, aber ihre Verwandten wollten das Vermögen nicht aus der Familie kommen lassen, den Prinzen aber nicht durch eine direkte Abweisung beleidigen. Sie erklärten daher, daß sie als gute Katholiken in die Heirath mit einem Keger — der Prinz war Protestant — nicht einwilligen könnten. Prinz Josef Friedrich trat, wie beide Berichte übereinstimmend lauten, im Oktober 1727 zum Katholizismus über. Er wechselte, um die Selbste zu erlangen, seine Konfession, wie einige Jahrzehnte früher sein Verwandter, der Kurfürst von Sachsen, sie gewechselt hatte, um die polnische Königskrone zu erlangen. Aber er erreichte doch nicht seine Absicht. Einige Tage vor der Trauung, die im Dezember 1727 stattfinden sollte, verschwand die Braut, und erst durch einen Brief aus Rom vom 3. Januar 1728 erfuhr man, daß ihre Verwandten sie aus Neapel entführt und auf ein entferntes Schloß gebracht hatten. Zugleich hatten sie in Wien erwirkt, daß dem Prinzen der Befehl erteilt wurde, Neapel so gleich zu verlassen und nach Oesterreich zurückzukehren.

So Weber. Dagegen schließt der Chronist die ganze Schuld auf die Braut. Sie habe sich anders besonnen, sagte er, wie denn die Unbeständigkeit stets wesentliche Eigenschaft des weiblichen Geschlechts sei und ließ dem schon katholisch gewordenen Geliebten ganz profanisch sagen, sie werde ihn nur heirathen, wenn er ihr ein genügendes Einkommen in Neapel zugesichert und die Einwilligung seiner Familie beibringe.

„An ihr ist es gar leicht zu erkennen, wie lang im Weib der Eifer dauert, wenn es nicht Glück oft und Bekehrung anseht . . .“ (Uebersetzung des Königs Johann von Sachsen.)

Konfessionsverfahren. Ueber das Vermögen des Wirts Franz Dreyler, zum „Grafen Waldersee“, P. 4, 8, wurde das Konfessionsverfahren eröffnet. Konfessionsverwalter Wilhelm Jakob Damm hier. Forderungen sind bis 14. Februar anzumelden. Prüfungstermin: 27. Februar.

Pfalz, Hessen und Umabnung. **Ludwigshafen, 7. Jan.** Eine herrliche Dation war es, welche gestern Abend die Beamten und Arbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik ihrem Chef, Herrn Direktor Wischer anlässlich dessen Ernennung zum 1. Kommerzienrat, darbrachten. Unendlich war die Zahl der Fackelträger, welche sich gegen 7 Uhr in wohlgeordnetem Zuge vor die Wohnung des Gefeierten an der Fackeltrage begab und nach einer entzückenden Ovation den Weg nach dem Gesellschaftshaus der Bad. Anilin- und Sodafabrik nahm, wo eine gemüthliche Zusammenkunft der Theilnehmer stattfand. Tief bewegt dankte Herr Kommerzienrat Wischer für die ihm dargebrachte Ovation, es in seiner bescheidenen Art ablehnend, daß die ihm geworden hohe Auszeichnung lediglich seiner Person, sondern vielmehr dem von ihm geleiteten wohlbekannten Institut gelte.

Randshul (Pfalz), 6. Jan. Wie aus Antwerpen gemeldet wird, ist dort der Ruderer Heinrich Kehler aus dem benachbarten pfälzischen Dorf Niederbach, welcher in der Neujahrnacht den dortigen Polizeidiener erschossen hat und dann geflohen ist, kurz vor Abgang des Schiffs, das ihn nach Amerika bringen sollte, verhaftet worden.

Reins, 8. Jan. In Rombach hat der bekannte Gastwirt Engelbert Mühl. In den Kriegsjahren 1870/71 machte er den Feldzug gegen Frankreich als Unteroffizier im Hessen-Nassauischen Pionier-Bataillon mit und zeichnete sich bei Wisloch besonders aus. Mit drei anderen Pionieren verfaßte Mühl die über die Loire führende Brücke mit Sprengmaterial und sprengte sie in die Luft. Die auf dem gegenüberliegenden Ufer stehenden Franzosen feuerten ununterbrochen auf die tapferen Pioniere, aber diese blieben in dem Augenblicke stehen.

Bad Nauheim, 8. Jan. Hier erragt das Verschwinden des Groß. Musikdirektors Nachts aus Hannover, welcher 26 Jahre seine Dienste dem Anstalt übernahm, große Sensation. Allgemein ist man der Ansicht, daß der Staat dem verdienten Manne eine Pension geben mußte. Die Vermuthung, daß M. seinem Leben ein Ende gemacht hat, dürfte sich bestätigen, denn bei seinem Weggange im Herbst äußerte er mehreren Bekannten gegenüber, daß er, falls ihm die Stelle als Musikdirektor nicht mehr zugesprochen würde, sich das Leben nehmen werde.

Sport. **Major Kimmerte** hat die Absicht, sich mit Proto am Preis-Reiten in Frankfurt a. M. zu betheiligen.

Cheater, Kunst und Wissenschaft. **Kleine Mittheilungen.** Der Kaiser sandte der Norddeutschen Zeitung* zufolge an Professor von Smarck folgendes Telegramm: „Ich spreche Ihnen zur heutigen Vollendung Ihres 80. Lebensjahres meinen warmsten Glückwunsch aus. Möge durch Gottes Gnade Ihnen noch ein langer glücklicher Lebensabend beschieden sein, veredelt durch das Bewußtsein, daß die Erfolge Ihres arbeitsreichen Lebens der leidenden Menschheit zum bleibenden Segen gereichen. Wilhelm, L. R.“ — Die amerikanische Sängerin Aldora Duncan trat gestern Abend im neuen königlichen Operntheater zu Berlin zum ersten Male öffentlich auf und erzielte bei dem zahlreich erschienenen Publikum einen sehr lebhaften Erfolg. Die scharfe Bemerkung der Amerikanerin erschien auch bei ihrem öffentlichen Auftreten nicht im entferntesten indecent. Ihre Wirkung blieb auch hier rein künstlerisch. — Richard Stransonnel neues Schauspiel „Waterland“ erzielte bei der geistigen Aufführung im Thalia-Theater zu Hamburg einen starken Erfolg.

Neueste Nachrichten und Telegramme. **Privat-Telegramme des „General-Anzeigers“.** **Sauparl, 9. Jan.** Der Kaiser traf mit seinem Gefolge um 8 Uhr 45 Min. an der Kaiserallee ein, von 1001, ohne im Jagdschloß Aufenthalt zu nehmen, in das Revier Hallermundstopp-Burgberg weiterfuhr. Dort findet eine Sude mit Fährern auf Säuen statt. An der Jagd nehmen außer dem Gefolge auch Graf Waldersee und Minister v. Bodelschleier theil.

Hannover, 9. Jan. Der Kaiser traf gegen 2 Uhr aus Sauparl hier ein und fuhr unter lebhaftem Hochrufen der Menge nach dem Residenzschloß.

Greifswald, 9. Jan. Seitens der im hiesigen nationalen Wahlverein vereinigten hiesigen Konservativen und national-liberalen Wähler wurde in der gestrigen Generalversammlung einstimmig der freisinnigste Landtagsabgeordnete des hiesigen Wahlkreises, Justizrath Dr. Kretschmer, als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt.

Deutzen (Oberschlesien), 9. Jan. Nach Mittheilung der Verwaltung der Florentinergrube sind bei der heutigen Frühfahrt auf Cornalls Freudenfahrt 370, auf Lebensblutschicht 210 Mann nicht eingefahren. Die Ordnung

ihren Verwandten und Protektionkindern große Mitgiftten verschafften.

Unter dem Vorwande, die Sittlichkeit zu befördern und das Verbrechen zu verhindern, erließ Cosimo im Jahre 1691 ein Gesetz, das jungen Männern bei schwerer Strafe den Besuch von Familien verbiet, die heidnische Mönche besaßen. Dadurch, sagt Galluzzi, bekamen die Mönche das Monopol der Heirathsvermittlung und Eheführung. Und dies erregte um so größeren Unwillen, als die geistlichen Sittlichkeit und Keuschheitskämpfer selbst ein unsittliches Leben führten. Wurden sie erwischt, so trat die Strafe nur die schlimmsten Frauen, welche die unehelichen Mönche (innocenti colombe insidiante dall'altri malignità) verführt hatten.

Aber das Ausvergehe erregte solchen Unwillen und solche Klagen, daß es nach fünf Jahren aufgehoben werden mußte.

Wunder tauglich als die Florentiner erben eine neapolitanische Heirathsgechichte aus etwas späterer Zeit, deren Held ein sächsischer Prinz war. Seine Quellen dafür sind: Dr. Karl v. Weber's „Moritz Graf von Sachsen, Marschall von Frankreich“, der sächsische Archidialen besuchte, und eine von mir in der Bibliothek der Societa di storia patria in Neapel gefundene handschriftliche Chronik aus den Jahren 1700 bis 1729. Die Heirathsgechichte betrifft aber nicht den Sieger von Fontenoy (1745), sondern den Besiegten von Rossbach (1757), den kaiserlichen Feldzeugmeister Josef Wilhelm Friedrich Herzog von Sachsen-Hildburghausen (geboren 1702, gestorben 1787). Als junger kaiserlicher Offizier befand er sich im dritten Jahrzehnt des achtzehnten Jahrhunderts in Neapel, das damals dem Kaiser Karl VI. gehörte. Dort hatte er im Dezember 1722 ganz allein auf einer Jagdpartie einen der gefährlichsten Raubmörder gefangen genommen und in die Hauptstadt gebracht, was ihm allgemeine Bewunderung eintrug. Einige Jahre später lernte er dann eine schöne vornehme Neapolitanerin aus der Familie des Herzogs von Mantua, Wittive des Marschese Serra, kennen und

verliebte sich in sie. Seine Liebe ward erwidert und die Verliebten wollten zum Traualtar eilen. Sie stießen aber auf ein Hinderniß, worüber die Verlobten nicht einig sind. Nach der Chronik wollte die Familie der Braut ihre Einwilligung nicht geben wegen der Extravaganzen des Prinzen, „der sich wie ein Verwilderter benahm“. Nach Weber's Angabe hatte der verstorbene Marschese Serra verfügt, daß das von ihm hinterlassene große Vermögen im Falle der Wiederverheirathung der Wittive nicht an diese, sondern an andere Personen fallen sollte. Die junge Frau war zwar bereit, aus Liebe zum Prinzen das Erbe zu opfern, aber ihre Verwandten wollten das Vermögen nicht aus der Familie kommen lassen, den Prinzen aber nicht durch eine direkte Abweisung beleidigen. Sie erklärten daher, daß sie als gute Katholiken in die Heirath mit einem Keger — der Prinz war Protestant — nicht einwilligen könnten. Prinz Josef Friedrich trat, wie beide Berichte übereinstimmend lauten, im Oktober 1727 zum Katholizismus über. Er wechselte, um die Selbste zu erlangen, seine Konfession, wie einige Jahrzehnte früher sein Verwandter, der Kurfürst von Sachsen, sie gewechselt hatte, um die polnische Königskrone zu erlangen. Aber er erreichte doch nicht seine Absicht. Einige Tage vor der Trauung, die im Dezember 1727 stattfinden sollte, verschwand die Braut, und erst durch einen Brief aus Rom vom 3. Januar 1728 erfuhr man, daß ihre Verwandten sie aus Neapel entführt und auf ein entferntes Schloß gebracht hatten. Zugleich hatten sie in Wien erwirkt, daß dem Prinzen der Befehl erteilt wurde, Neapel so gleich zu verlassen und nach Oesterreich zurückzukehren.

So Weber. Dagegen schließt der Chronist die ganze Schuld auf die Braut. Sie habe sich anders besonnen, sagte er, wie denn die Unbeständigkeit stets wesentliche Eigenschaft des weiblichen Geschlechts sei und ließ dem schon katholisch gewordenen Geliebten ganz profanisch sagen, sie werde ihn nur heirathen, wenn er ihr ein genügendes Einkommen in Neapel zugesichert und die Einwilligung seiner Familie beibringe.

„An ihr ist es gar leicht zu erkennen, wie lang im Weib der Eifer dauert, wenn es nicht Glück oft und Bekehrung anseht . . .“ (Uebersetzung des Königs Johann von Sachsen.)

Konfessionsverfahren. Ueber das Vermögen des Wirts Franz Dreyler, zum „Grafen Waldersee“, P. 4, 8, wurde das Konfessionsverfahren eröffnet. Konfessionsverwalter Wilhelm Jakob Damm hier. Forderungen sind bis 14. Februar anzumelden. Prüfungstermin: 27. Februar.

Pfalz, Hessen und Umabnung. **Ludwigshafen, 7. Jan.** Eine herrliche Dation war es, welche gestern Abend die Beamten und Arbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik ihrem Chef, Herrn Direktor Wischer anlässlich dessen Ernennung zum 1. Kommerzienrat, darbrachten. Unendlich war die Zahl der Fackelträger, welche sich gegen 7 Uhr in wohlgeordnetem Zuge vor die Wohnung des Gefeierten an der Fackeltrage begab und nach einer entzückenden Ovation den Weg nach dem Gesellschaftshaus der Bad. Anilin- und Sodafabrik nahm, wo eine gemüthliche Zusammenkunft der Theilnehmer stattfand. Tief bewegt dankte Herr Kommerzienrat Wischer für die ihm dargebrachte Ovation, es in seiner bescheidenen Art ablehnend, daß die ihm geworden hohe Auszeichnung lediglich seiner Person, sondern vielmehr dem von ihm geleiteten wohlbekannten Institut gelte.

Randshul (Pfalz), 6. Jan. Wie aus Antwerpen gemeldet wird, ist dort der Ruderer Heinrich Kehler aus dem benachbarten pfälzischen Dorf Niederbach, welcher in der Neujahrnacht den dortigen Polizeidiener erschossen hat und dann geflohen ist, kurz vor Abgang des Schiffs, das ihn nach Amerika bringen sollte, verhaftet worden.

Reins, 8. Jan. In Rombach hat der bekannte Gastwirt Engelbert Mühl. In den Kriegsjahren 1870/71 machte er den Feldzug gegen Frankreich als Unteroffizier im Hessen-Nassauischen Pionier-Bataillon mit und zeichnete sich bei Wisloch besonders aus. Mit drei anderen Pionieren verfaßte Mühl die über die Loire führende Brücke mit Sprengmaterial und sprengte sie in die Luft. Die auf dem gegenüberliegenden Ufer stehenden Franzosen feuerten ununterbrochen auf die tapferen Pioniere, aber diese blieben in dem Augenblicke stehen.

Bad Nauheim, 8. Jan. Hier erragt das Verschwinden des Groß. Musikdirektors Nachts aus Hannover, welcher 26 Jahre seine Dienste dem Anstalt übernahm, große Sensation. Allgemein ist man der Ansicht, daß der Staat dem verdienten Manne eine Pension geben mußte. Die Vermuthung, daß M. seinem Leben ein Ende gemacht hat, dürfte sich bestätigen, denn bei seinem Weggange im Herbst äußerte er mehreren Bekannten gegenüber, daß er, falls ihm die Stelle als Musikdirektor nicht mehr zugesprochen würde, sich das Leben nehmen werde.

Sport. **Major Kimmerte** hat die Absicht, sich mit Proto am Preis-Reiten in Frankfurt a. M. zu betheiligen.

Cheater, Kunst und Wissenschaft. **Kleine Mittheilungen.** Der Kaiser sandte der Norddeutschen Zeitung* zufolge an Professor von Smarck folgendes Telegramm: „Ich spreche Ihnen zur heutigen Vollendung Ihres 80. Lebensjahres meinen warmsten Glückwunsch aus. Möge durch Gottes Gnade Ihnen noch ein langer glücklicher Lebensabend beschieden sein, veredelt durch das Bewußtsein, daß die Erfolge Ihres arbeitsreichen Lebens der leidenden Menschheit zum bleibenden Segen gereichen. Wilhelm, L. R.“ — Die amerikanische Sängerin Aldora Duncan trat gestern Abend im neuen königlichen Operntheater zu Berlin zum ersten Male öffentlich auf und erzielte bei dem zahlreich erschienenen Publikum einen sehr lebhaften Erfolg. Die scharfe Bemerkung der Amerikanerin erschien auch bei ihrem öffentlichen Auftreten nicht im entferntesten indecent. Ihre Wirkung blieb auch hier rein künstlerisch. — Richard Stransonnel neues Schauspiel „Waterland“ erzielte bei der geistigen Aufführung im Thalia-Theater zu Hamburg einen starken Erfolg.

Neueste Nachrichten und Telegramme. **Privat-Telegramme des „General-Anzeigers“.** **Sauparl, 9. Jan.** Der Kaiser traf mit seinem Gefolge um 8 Uhr 45 Min. an der Kaiserallee ein, von 1001, ohne im Jagdschloß Aufenthalt zu nehmen, in das Revier Hallermundstopp-Burgberg weiterfuhr. Dort findet eine Sude mit Fährern auf Säuen statt. An der Jagd nehmen außer dem Gefolge auch Graf Waldersee und Minister v. Bodelschleier theil.

Hannover, 9. Jan. Der Kaiser traf gegen 2 Uhr aus Sauparl hier ein und fuhr unter lebhaftem Hochrufen der Menge nach dem Residenzschloß.

Greifswald, 9. Jan. Seitens der im hiesigen nationalen Wahlverein vereinigten hiesigen Konservativen und national-liberalen Wähler wurde in der gestrigen Generalversammlung einstimmig der freisinnigste Landtagsabgeordnete des hiesigen Wahlkreises, Justizrath Dr. Kretschmer, als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt.

Deutzen (Oberschlesien), 9. Jan. Nach Mittheilung der Verwaltung der Florentinergrube sind bei der heutigen Frühfahrt auf Cornalls Freudenfahrt 370, auf Lebensblutschicht 210 Mann nicht eingefahren. Die Ordnung

ihren Verwandten und Protektionkindern große Mitgiftten verschafften.

Unter dem Vorwande, die Sittlichkeit zu befördern und das Verbrechen zu verhindern, erließ Cosimo im Jahre 1691 ein Gesetz, das jungen Männern bei schwerer Strafe den Besuch von Familien verbiet, die heidnische Mönche besaßen. Dadurch, sagt Galluzzi, bekamen die Mönche das Monopol der Heirathsvermittlung und Eheführung. Und dies erregte um so größeren Unwillen, als die geistlichen Sittlichkeit und Keuschheitskämpfer selbst ein unsittliches Leben führten. Wurden sie erwischt, so trat die Strafe nur die schlimmsten Frauen, welche die unehelichen Mönche (innocenti colombe insidiante dall'altri malignità) verführt hatten.

Aber das Ausvergehe erregte solchen Unwillen und solche Klagen, daß es nach fünf Jahren aufgehoben werden mußte.

Wunder tauglich als die Florentiner erben eine neapolitanische Heirathsgechichte aus etwas späterer Zeit, deren Held ein sächsischer Prinz war. Seine Quellen dafür sind: Dr. Karl v. Weber's „Moritz Graf von Sachsen, Marschall von Frankreich“, der sächsische Archidialen besuchte, und eine von mir in der Bibliothek der Societa di storia patria in Neapel gefundene handschriftliche Chronik aus den Jahren 1700 bis 1729. Die Heirathsgechichte betrifft aber nicht den Sieger von Fontenoy (1745), sondern den Besiegten von Rossbach (1757), den kaiserlichen Feldzeugmeister Josef Wilhelm Friedrich Herzog von Sachsen-Hildburghausen (geboren 1702, gestorben 1787). Als junger kaiserlicher Offizier befand er sich im dritten Jahrzehnt des achtzehnten Jahrhunderts in Neapel, das damals dem Kaiser Karl VI. gehörte. Dort hatte er im Dezember 1722 ganz allein auf einer Jagdpartie einen der gefährlichsten Raubmörder gefangen genommen und in die Hauptstadt gebracht, was ihm allgemeine Bewunderung eintrug. Einige Jahre später lernte er dann eine schöne vornehme Neapolitanerin aus der Familie des Herzogs von Mantua, Wittive des Marschese Serra, kennen und

verliebte sich in sie. Seine Liebe ward erwidert und die Verliebten wollten zum

Berliner Drahtbericht.

(Berlin, 9. Jan. Den ersten Vortragsabend, den der Verein Berliner Presse zum Besten seiner Unterstützungskasse veranstaltete, füllte der neue Berliner Bürgermeister Dr. Georg Reiche durch die Vorlesung zweier poetischen Erzeugnisse aus. Beide Dichtungen fanden bei dem zahlreich erschienenen Publikum ungetheilten Beifall. — In Sachen der Denkmals-Beschädigungen wird die neue Spur mit großem Eifer verfolgt. Die Polizei hofft, mit Hilfe neuer Hinweise, die ihr zugegangen, der verdächtigen Persönlichkeiten bald habhaft werden zu können. — Die hiesige Stadtvorordnete Versammlung hat in ihrer gestrigen ersten Sitzung im Neuen Jahre das bisherige Präsidium wiedergewählt. Stadtvorordnete Dr. Langerhans kam auf die Denkmals-Beschädigungen zu sprechen und gab seinem tiefsten Bedauern über diesen Vandalismus Ausdruck. — Wie der „Total-Anzeiger“ meldet, verhaftete die Kriminalpolizei die ehemalige Schauspielerin Josefa Wisniewska und deren Geliebterin. Die Erstere hielt ihre in der Markgrafenstraße belegene, auf das Elegante ausgestattete Wohnung der Bedienten, in der sie selbst eine gewisse Rolle gespielt hatte, offen. — Der bisherige französische Botschafter Marquis de Roil hat gestern Abend Berlin verlassen und sich nach Paris begeben. Zur Verabschiedung war Freiherr von Rottbrosen eingetroffen. — Rom: Der heutige 25. Jahrestag des Todes von Victor Emanuel wird durch eine große Trauerfeier im Pantheon begangen werden, woran Abordnungen aus ganz Italien teilnehmen werden. — Sofia: Die englische Regierung beauftragte ihren hiesigen Vertreter, sich an den maßgebenden Stellen auf das Genaueste über die Grenzschützen in Mazedonien und die Lage der Flüchtlinge zu informieren. — Constantinopel: Der Sultan genehmigte den Schiedsgerichtsbeschluss in Angelegenheit der Orientbahn. — Marzelle: Beim gestrigen Pferderennen kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Tribünen und die Umarmung nieder. Polizei trat ein und zerstreute die Menge.

Volkswirtschaft.

Rotterdammer Getreideschiedsgericht.

Düsseldorf, 8. Jan. Gestern versammelten sich die Vertreter der Rotterdammer Handelskammer, des Komitees der Rotterdammer Getreidehändler und der hiesigen Handelskammer und Getreidehändler im Sitzungssaal der Handelskammer, um die von deutscher Seite zu machenden Vorschläge zur Verbesserung des Rotterdammer Getreideschiedsgerichts zu beraten. Nach einer Begrüßung durch Herrn Kommerzienrat Adolf Mehlau leitete Herr Emil Hirsch-Mannheim die Sitzung. Die Vertreter von Rotterdam erklärten zu der Absicht, das Schiedsgericht zu verbessern und einen einheitlichen Getreideschiedsgericht auch für Holland zu schaffen, die vollen Sympathie ihrer Körperschaft, wenn sie auch noch nicht in der Lage waren, bestimmte Beschlüsse zu den einzelnen Vorschlägen zu überbringen. Sie konnten aber mit Bestimmtheit erklären, daß der Beseitigung des freundschaftlichen Schiedsgerichts und der strengen Durchführung der Rutenverurteilung an Bord von ihnen alle Unterstützung zuteil werden solle. Auch erfolge die Probeentnahme schon jetzt im inneren holländischen Verkehr umsonst. Von deutscher Seite wurde Gewicht auf die Hälfte, die zur Gültigkeit eines Urteils in 2. Instanz erforderlich ist, als Oberstschiedsgericht nicht so sehr erforderlich werde, wie das gegenwärtig der Fall sei, sondern wenn man die Kosten und ihre Verteilung auf die Parteien, als auch wenn man die Stimmenmehrheit von 2/3 ansehe, die zur Gültigkeit eines Urteils in 2. Instanz erforderlich werde. Daß das Maximum der Kostenberechnung beim Schiedsverfahren zu hoch sei, wurde von einzelnen Rotterdammer Vertretern selbst zugegeben. Insbesondere wurde auch darauf hingewiesen, daß keine besondere Kostenberechnung für die Fälle vorgelegen sei, wo es sich gar nicht um Qualitätsstreitigkeiten handle. Schließlich soll sowohl auf holländischer wie auf deutscher Seite geprüft werden, ob das Schiedsverfahren dem geltenden Rechte entspricht, ob insbesondere das holländische Recht eine 2. Instanz zuläßt und ob die deutschen rechtlichen Vorschriften über die gerichtliche Zustellung resp. Exekution von Schiedsgerichtsurteilen nicht eine Änderung der Bestimmungen erfordern. Einwandfrei konnte schon in der Versammlung festgestellt werden, daß die sogenannte freundschaftliche Arbitrage gar keine rechtsgültigen Urteile ergibt, da die Schiedsrichter nicht dem holländischen Gesetze gemäß in einem Wahlakte gewählt sind. Schließlich wird die Anregung von holländischer Seite gegeben, für alle Fragen des Getreidehandels ein holländisches deutsch-holländisches Bureau zu bilden, ein Gedanke, der in der Versammlung lebhaft Zustimmung findet. Die endgültigen Beschlüsse in der Angelegenheit werden von holländischer Seite demnächst erfolgen.

Allgemeine Bestimmungen des Rotterdammer Contrakts.

Art. 12. Die Kenderung „10 Tage“ statt „8 Tage“ wird angenommen.

Art. 16. Die Streichung des Satzes, „es sei denn...“ bis „angeboten haben“, wird in Holland erwogen werden. Ueber die Frage der Kostenbedeckung soll von deutscher Seite ein bestimmter Vorschlag gemacht werden.

Art. 17 und Art. 18 wird in Holland zur Erörterung gestellt werden.

Art. 19. Ein Antrag, die 2. Instanz im Schiedsgerichtsverfahren zu streichen, wird in der Schwebe gelassen.

Die Auffassung über die vorliegenden Verhandlungen darüber, daß

Der darüber während der Verhandlungen machte nun solchen Specialen, daß die Staatskanzlei in Neapel seine Überzeugung nach Wien brachte. Er verließ Neapel zur allgemeinen Freude, da er sich durch sein schlechtes Benehmen verhasst gemacht hatte.

Wie man sieht, ist unser Chronist auf beide Verleumdungen nicht gut zu sprechen. In Wien scheint man aber des Prinzen Benehmen in Neapel nicht so ungebührlich gefunden zu haben, denn der Hauptmann von 1727 wurde schon 1730 Oberst. Ueber den Verfall der Braut wird er sich wohl bald getrübt haben, und sein Ueberricht zum Katholikismus war auch nicht umsonst gewesen, denn ihm hatte er es zum großen Theil zu danken, daß er in Oesterreich so rasch Karriere machte. Im Jahre 1737 war er schon Feldmarschall-Leutnant und schloß eine Ehe mit einer sehr reichen Witwe und Erbinn des Prinzen Eugen von Savoyen war eine höchst unglückliche.

Wie oft mag er da an seine Jugendliebe und an die schöne Neapolitanerin gedacht haben!

Ich bin von einem Roman ausgegangen und kehre zu einem Roman zurück, was ja nicht zu verwundern ist, wenn es sich um Liebesgeschichten handelt. Die Liebe eines Protestanten und einer katholischen Italienerin, deren Romane die Weltbrüder des

der holländische Kontrakt nicht im Einklang mit der holländischen Gesetzgebung sei, wird von holländischer Seite gegeben.

Art. 3. Die Bezeichnung „Lose“ soll weggelassen. Die Anregung in Absatz 2 des Protokolls vom 10. Dezember wird zurückgezogen.

Art. 4. Die Angelegenheit wird zurückgestellt, da der Verein Berliner Getreide- und Produktenhändler beabsichtigt, im deutschen Getreideschiedsgericht die Verrechnungsdiagramme der Kaiserlichen Normal-Messungscommission anzuwenden, die Sache daher noch nicht spruchreif ist.

Art. 5. Die Anregung wird von Holland angenommen:

c) Die Listen der disziplinarisch bestraften Mitglieder der Rotterdammer Borse soll, soweit sich ein Bedürfnis dazu ergibt, den deutschen Börsen zur Verfügung gestellt werden, ebenso wie diese von den erfolgten Ausschlüssen von Mitgliedern nach Rotterdam Kenntnis geben werden.

Mannheimer Effektenbörse

vom 9. Januar.

Obligationen.				
Staatsschulden.				
4 % Bad. Obl. v. 1901	105.65	1 1/2 % Ludwigsbafen	—	
4 1/2 % B. v. Obl. v. 1902	101.50	4 %	102.25	
8 %	1900	3 1/2 %	99. —	
8 1/2 % (abgefl.)	100. —	4 % Mannheimer Obl. 1901	103.75	
8 1/2 % Obl. Mart	101.30	4 %	103.75	
8 1/2 % 1886	101. —	3 1/2 %	1885	
8 1/2 % 1892/94	101.40	3 1/2 %	1888	
8 %	91.40	3 1/2 %	1895	
4 % T. 100 Loth	146. —	3 1/2 %	1899	
8 1/2 % Bayer. Obligationen	101.80	3 1/2 %	1899	
8 %	91.40	Industrie-Obligation.		
8 1/2 % Deutsche Reichsanleihe	102.70	4 1/2 % Mt. Gel. f. Selbstind.	101.30	
8 1/2 %	102.70	4 1/2 %	101.30	
3 1/2 %	91.95	4 1/2 % B. u. G. f. Röhrichtf.	99. —	
3 1/2 % Preuss. Genfals	102.45	4 1/2 %	106. —	
8 1/2 %	102.55	5 1/2 % Hargl. Braubaus. Bonn	98. —	
8 1/2 %	91.90	4 1/2 %	—	
Eisenbahn-Anleihen.			4 1/2 %	—
4 % Pfälz. Ebd. Max Nord	103.80	4 1/2 %	—	
3 1/2 %	99.90	4 1/2 %	—	
8 1/2 %	99.90	4 1/2 %	—	
Hausdriefe.			4 1/2 %	—
4 % Rhein. Hosp. Darm. 1903	100.00	4 1/2 %	—	
8 1/2 %	98.20	4 1/2 %	—	
8 1/2 %	98.20	4 1/2 %	—	
8 1/2 %	97.75	4 1/2 %	—	
Städt. Anleihen.			4 1/2 %	—
4 1/2 % Freiburg i. B.	99.50	4 1/2 %	—	
4 1/2 % Karlsruhe v. A. 1890	90. —	4 1/2 %	—	
8 1/2 %	98.50	4 1/2 %	—	
4 % Ludwigsbafen von 1900	102.90	4 1/2 %	—	

18

Rede

des Herrn Reichstagsabgeordneten Ernst Bassermann

über die Zolltarif-Vorlage und ihre Verabschiedung im Reichstage
gehalten in der Generalversammlung des Nationalliberalen Vereins Mannheim

Mittwoch, 7. Januar 1903.

Herr Bassermann (mit Handkuffen empfangen): Meine verehrten Parteifreunde! Der Zolltarif ist am 14. Dezember des verflochtenen Jahres zur Verabschiedung im Reichstage gekommen. Noch zittert im deutschen Volke die Erregung nach ob all der für uns wichtigen Ereignisse, die in den Monaten November und Dezember im Reichstage sich ereignet haben. Ich habe dem Wunsche der hiesigen Parteifreunde, hier in unserer Versammlung über die Vorgänge im Reichstage Bericht zu erstatten, gerne Folge geleistet. Ist es doch gut, wenn über die einzelnen Phasen des erbitterten Kampfes volle Klarheit in der Wählerschaft geschaffen wird. Es ist noch ein anderer Grund, der mich veranlaßt, eine öffentliche Ansprache zu wünschen: das sind manche Mitteilungen, die in den jüngsten Tagen durch die Presse gegangen sind über eine Unterhaltung, die ich mit dem Vertreter eines Preßorgans gehabt habe. Ich habe in Zeitungen eine Fülle von schiefen Auffassungen und Mißverständnissen gefunden und für meine Person die Erfahrung gemacht, die mir gestern ein preßkundiger Freund bestätigt hat, daß ein Interview angenehmer zu sein pflegt für denjenigen, der interviewt, als denjenigen, der interviewt wird. Ich habe mich für künftige Fälle entschlossen, meine Meinung zu Papier zu bringen, um Mißverständnisse auszuschließen. Nun, meine Herren, ich hoffe, daß meine Darlegungen, die ich Ihnen zu geben habe, Ihnen volle Klarheit über die Vorgänge im Reichstage und die Veranlassungen für unser Vorgehen verschaffen werden. Seit Jahren beschäftigt die Zolltarif die öffentliche Meinung und das Parlament, denn nicht nur bei den jüngsten Verhandlungen, schon Jahre davor, wurden die grundlegenden

beginnen an jeden Gedanken betampt haben, als ob wir in eine Periode der vertragslosen Zeit eintreten und den Zollkrieg fördern wollten. Also neue brandbare Handelsverträge mit besserem Schutze der Landwirtschaft, auch besser den Interessen der Industrie durch geeignete Spezialtarife Rechnung tragend, das war unser Ziel und wir waren der Ansicht, daß diese Grundlage nur durch einen neuen Tarif erreicht werden könne. Die Sache stand so, daß wir uns sagen mußten: Die alten Verträge sind abgelaufen, sie können heute jeden Tag auf ein Jahr hinaus verlängert werden. Die Gefahr der Kündigung war vielleicht näher, als manchem bekannt ist; aber auch dann, wenn diese Verträge nicht verlängert wurden, wenn sie fortliefen immer auf ein Jahr hinaus, hätten sie doch den Charakter langfristiger Handelsverträge verloren, auf welchen Industrie und Handel mit Recht großen Werth legen. Es waren keine langfristigen Verträge mehr, und neue Verträge auf Grund des alten Tarifs zu erreichen, wurde uns seitens der Vertreter der Regierung, insbesondere des Grafen Posadowski als unmöglich bezeichnet. Er hat uns wiederholt — und er ist vielleicht der beste Kenner dieser Frage im Kreise der Regierung — dargelegt, daß das Ausland nahezu überall seine Tarife erhöht hat und daß wir mit unseren mangelhaften Mitteln bei neuen Handelsverträgen kaum erhebliche Konzessionen erzielen könnten. Dazu kommt der weitere Gesichtspunkt, daß im Reichstage die Ansicht auf neue Handelsverträge auf der Grundlage des alten Tarifs sehr gering ist. Im Reichstage hat die große Mehrheit sich immer dahin ausgesprochen, daß bei kommenden Handelsverträgen eine bessere Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen notwendig werde. Das war mit dem alten Tarif nicht zu erreichen. Es sind lange Jahre der Vorbereitung dieser Einbringung des Zolltarifs vorangegangen. Im November 1897 ist der wirtschaftliche Ausschuss eingesetzt worden als Beirat der zuständigen Reichsbehörden. Er hat 8 Jahre 7 Monate lang mit den Vorarbeiten beschäftigt, er hat die Interessen der Landwirtschaft, der Industrie, der Handelsverträge, die sich zu führen, Grund und Ackerbau, Produktionen aus allen Produktionszweigen sind gehört worden. Am 20. Juli 1901 wurde im „Reichsanzeiger“ der Entwurf des Zolltarifs veröffentlicht und ich kann wohl sagen, daß niemals eine derartige Arbeit gründlicher vorbereitet worden ist, als es bei diesem Zolltarif war. Als nach Verfindung des Zolltarifs begann

selbst Mitglieder, die sachlich nicht auf Seiten derer stehen, die jene Gedanken erwoigen, diesen nicht direkt feindlich gegenüber, wenn sie sich auch bei einer Entscheidung hätten überstimmen lassen.

Meine Herren, das sind Zugeständnisse dafür, daß bereits in der Kommission daselbst Verfahren angewandt wurde, daß später im Reichstage die vier Reichsparteien zu einer Runderung der Gesetzbildung geführt hat.

In der Kommission

haben die Sozialdemokraten bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten die Freiheit beantragt. Da hat Graf Posadowski sie auf die Unmöglichkeit dieses Vorgehens aufmerksam gemacht; er hat in einer sehr eindringlichen Rede darauf hingewiesen, daß die Herabsetzung der Zolltarife zu bewilligen, dazu führen könnte, daß kein Mensch im Auslande mit uns in Verhandlungen eintrete. Das hat Genosse Koch später zugestanden; er hat gesagt: „Jeder vernünftige Mensch mußte anerkennen, daß Konzeptionen nur herbeigeführt werden können auf dem Wege beiderseitigen Entgegenkommens. Wer nichts mehr zu bieten hatte, um Zugeständnisse zu machen, der konnte natürlich nicht zu Handelsverträgen gelangen.“ Man hat diese Entlassung dann zu veranlassen gesucht. Allein die Thatfache steht fest, daß bei richtiger Herabsetzung der Zolltarife, die Graf Posadowski hervorgehoben hat, anerkannt werden mußten. Wer nichts zu bieten hat, der kann nicht zu Handelsverträgen kommen. Die Kommissionenverhandlungen — das dürfte Ihnen noch in Erinnerung sein — haben sich diese Monate hingedehnt, bis in der 112. Sitzung endlich ihr Ende erreichten. Nunmehr hatte das Votum das Wort. Wie die Situation in wirtschaftlichen Kreisen damals aussah, wurde, das ergibt sich aus dem Votum aus einer Eingabe, die in jenen Tagen Mitglieder des Handelsvertragsausschusses an denselben gerichtet haben. Da hat man die Verabschiedung des Zolltarifs verlangt. Das war im Großen und Ganzen die Stimmung in der Kommission, die hier zum Ausdruck gelangt ist. Nun, meine Herren, zur Stellung unserer Partei! Mein Herr Vorredner hat bereits auf den

Parteilager unserer Partei in Eisenach

hingewiesen. Als man den Parteitag einberief, waren gewisse Vorurteile vorhanden. Neugierige Übersetzer sagten sich, daß der Parteitag in wirtschaftlichen Fragen, die Prinzip der Nationalliberalen Partei ist, kann es nicht ausbleiben, daß in Eisenach die Geister heftig aufeinanderprallen. Der Erfolg des Eisenacher Parteitages war ein überraschender und ein überraschend glücklicher für die Partei. Es hat wohl noch nie einen Parteitag gegeben, wo die Partei so einheitlich ihren Standpunkt und in diesen wirtschaftlichen Fragen zum Ausdruck gebracht hat. Nur wenige Stimmen haben sich erhoben gegen die Erhöhung der Agrarzölle, wie sie im Zolltarif enthalten war. Man hat gesagt, im Großen und Ganzen folgen wir uns auf die Vorlage der Regierung, wir geben, was die Minimalhöhe anlangt, nicht über die Regierungsvorlage hinaus. Die große Bedeutung der Eisenacher Beschlüsse lag darin, daß die Partei mit dem Grundsatze beschlossen hat, in wirtschaftlichen Fragen überhaupt nicht zu beschließen, daß man mußte damals diese große und wichtige Frage in Angriff nehmen und mit einer überwältigenden Mehrheit schließlich zu der Resolution kam, die der Eisenacher Parteitag beschlossen hat.

Meine Herren, ich habe noch einmal, nach Abschluß der Kommissionenverhandlungen hatte

das Votum

das Wort. Am 14. Oktober trat der Reichstag wiederum zusammen. Am Morgen, ehe die Sitzung begann, fand ein Seniorenenkontent statt, d. h. eine Versammlung der Vertrauensmänner der verschiedenen Fraktionen, die im Reichstage vorhanden sind. Meine Herren! In dieser Sitzung des Seniorenenkontents hat wohl kein Mitglied, das den Verhandlungen anwesend, geklagt, daß in so trüber Weise eine Verabschiedung des Zolltarifs erfolgen werde. Man hat damals einstimmig beschlossen, zunächst die zweite Beratung des Zolltarifs in Angriff zu nehmen, damit bis Weihnachten fortzufahren und nach Neujahr die Endberatungen, die sich bis 1. April hingieben würden, erfolgen zu lassen, und dann den Rest der zweiten Lesung und die dritte Lesung im Frühjahr vorzunehmen. Das war die Meinung im Seniorenenkontent. Die Ansichten des Zolltarifs waren gering. Ebenso wie in Eisenach die Partei, haben die Parteien im Reichstage die Ansichten des Zolltarifs als keine hervorragenden angesehen. Und nun, meine Herren, siehe sehr bald

die Obstruktion

ein, die Obstruktion, die methodischste und nicht geschickteste, da und dort seitens der Sozialdemokratie angekündigt worden war. Es war der Abg. Paudert, der in einer Versammlung in Witten zuerst darauf hinwies, daß die 940 Positionen des Zolltarifs gesamt nur allein im Votum 940 Abstimmungen bedingen würden, die nach sozialdemokratischem Verlangen namentliche sein sollten. Unter diesen Positionen sind eine Reihe, die gar nicht umstritten sind, die keinerlei Bedeutung hatten, so daß man sich sagte: Hier soll durch namentliche Abstimmung Zeit vertrottelt werden. In ähnlicher Weise hat sich später Vollmar in München geäußert. Er hat erklärt: die 2. Lesung der Kommission solle wieder 100 Sitzungen in Anspruch nehmen. Ebenso hat man sich auf dem sozialdemokratischen Parteitag in München ausgesprochen. Später hat Vebel in Hamburg in einer Rede am 2. November die ganze Frage

Prinzipien des künftigen Zolltarifs

erörtert. Unsere Ziele, die wir unentwegt im Auge hatten, waren bei all diesen Verhandlungen, das Allgemeinwohl zu fördern, nicht Sonderinteressen. Wir suchten bei unserem Vorgehen den Ausgleich der widerstehenden Interessen, nicht einseitig agrarisch, nicht einseitig industriell, sondern wie waren befreit, die widerstehenden oder aneinander widerstehenden Interessen der Industrie und Landwirtschaft zu verbinden, sie auszugleichen. Wir haben seit Jahren den Standpunkt eingenommen, daß wir für höhere Agrarzölle in dem kommenden Zolltarif uns erklärten in Rücksicht auf die ungünstige Lage der deutschen Landwirtschaft. Wir haben uns andererseits dahin ausgesprochen, daß die Höhe der Agrarzölle in Grenzen gehalten werden muß, die den Absatz neuer Handelsverträge ermöglichen, die es ermöglichen, daß unsere blühende Exportindustrie in ihrem jetzigen Stande aufrecht erhalten werden kann. Unsere Politik ging dahin, auch künftighin Handelsverträge zu fördern, aber nicht Handelsverträge auf Kosten der deutschen Landwirtschaft. Bei all diesen Ansammungen sind wir nicht von dem Prinzip des Freihandels ausgegangen, sondern von dem Grundsatze des Schutzes der nationalen Arbeit, des Schutzes unserer Landwirtschaft und Industrie, weil wir der Ansicht waren, daß bei freihändlerischen Prinzipien eine Verdrängung in Deutschland eintreten würde. Den wirtschaftlichen Ausgleich zu suchen, das war eine Aufgabe, und zwar eine gute und edle Aufgabe liberaler Politik. Die Aufgabe war schwierig, aber sie schien uns nicht unlösbar.

Unter liberaler Politik

verstehe ich, daß man sich einen freien Willen bewahrt für all die verlässlichen Interessen der einzelnen Berufsstände, daß man den Willen richtet auf das Allgemeinwohl, das nur dann gefördert werden kann, wenn alle Berufsstände prosperieren. Das ist einer der vielen Unterschiede zwischen uns und der Sozialdemokratie, daß wir allezeit unsere Politik eingerichtet haben auf die Förderung des Allgemeinwohls, während die Sozialdemokratie ausgesprochenemmaßen immer eine Klassenpartei war und sein wird. Wir glaubten bei einer decarilligen Politik auch dem sozialen Gedanken voll Rechnung zu tragen. Wir können eine Förderung des sozialen Friedens und des sozialen Gedeihens in Deutschland nicht darin sehen, daß man den Bauernstand verdrängt. Wir haben im Lauf der letzten Jahrzehnte eine großartige Sozialpolitik getrieben. Eine großartige Gesetzgebung im Interesse der Industrie, die weiter ist durch den künftigen Wismar in die Wege geleitet worden und hat die Jahre hindurch gedauert, eine Vorlage nach der anderen zugehend. Wir haben uns auch bemüht, dem Mittelstand, der vielfach in seinen Lebensbedingungen bedroht schien, durch Gesetze auszuheilen. Da kann man es uns nicht verargen, wenn wir jetzt dem Bauernstand zu Hilfe kommen wollen, einmal dadurch, daß man in Deutschland Organisationen schuf in den Landwirtschaftssammungen der einzelnen Staaten, daß man den Bauern aber auch zu helfen hatte durch richtige Bemessung der Staatszölle in dem neuen Tarif. Das war derselbe Gedanke des Schutzes, der leitend war bei den Industriezöllen. Auch sie sind eingerichtet worden im Interesse der deutschen Industrie, im Interesse der zahlreichen Industriearbeiter. Meine Herren! Ein neuer Tarif war notwendig. Es ist das von jeder Seite bezeugt worden, allein ich verneine Sie darauf, daß

Kreuzer v. Marshall

in der Zeit, als er im Reichstage die Capitulischen Handelsverträge zur Verabschiedung gebracht hat, schon darauf hingewiesen hat, daß Deutschland nie mehr bei Führung von Handelsvertragsverhandlungen mit einem so schwachen Mitteln vorgehen dürfe, wie es damals der Fall war. Also damals schon wurde von maßgebender Seite betont, daß in Zukunft ein besser ausgestatteter Tarif notwendig sein werde. Mit dem neuen Tarif sind die Kämpfe nicht abgeschlossen. Der neue Tarif soll gelten als

Vorbereitung für künftige neue Handelsverträge.

War die Grundlage des neuen Tarifs gewonnen, dann sollten sich an diese die neuen Handelsverträge anschließen, weil wir von An-

die Mobilmachung der Gegner.

die ihre Gegnerschaft insbesondere stützen auf die Erhöhung der Agrarzölle. Die erste Lesung im Reichstage fand statt vom 2. bis 12. Dezember des vorvergangenen Jahres. In den Verhandlungen der ersten Lesung wurde von den Verbündeten Regierungen und von Seiten unserer Fraktionen Redner darauf hingewiesen, daß dieser neue Zolltarif nicht die Abwendung von der Politik der Handelsverträge bedeute, sondern daß jener Tarif die Grundlage bilden solle, auf welcher sich eine gute Schutzwede und ein billiger Ausgleich für die Landwirtschaft und Industrie schaffen lasse. Die Kommission hat ihre Arbeit am 9. Januar 1902 begonnen, in 111 Sitzungen beraten und in der 112. Sitzung beendet. Bereits in der Kommission beginnt die Obstruktion und, wenn man sich gegen Dauerreden wehrt, sofort das Gefährde der Vergeßlichkeit. Es ist eigenartig, daß sich in jener Zeit der Kommissionenberatungen Väter, die später anders sprachen, ihre Stimme erhoben, um vor der Obstruktion zu warnen. Ein Organ der Volkspartei, die „Berl. Zig.“ schrieb damals:

Ginge es bei den Neuwahlen nur um die Frage der Höhe, so könnte der Kampf der Linken gewiß manchen Erfolg bringen. Dieser Erfolg könnte durch Obstruktion in Frage gestellt werden. Ganz abgesehen davon, daß die Obstruktion sehr gut auch einmal von der Rechten gegen die Linke angewendet werden könnte und daß sie im parlamentarischen Leben nur im alleräußersten Notfall als allerletztes Mittel zur Abwehr einer Vergeßlichkeit in Betracht kommen darf, sie würde, möglicherweise eine Reichstagsauflösung, die sich gegen einen arbeitsschaffenden und arbeitsschaffenden Reichstag richtet, herbeiführen, die schließliche Gefahr eines Staatsstreiches zu einer fremden Gefahr machen und den geheimen Schatzkammern, die unter Umhänden vielleicht den hundertsten Sozialdemokraten dem Reichstage zuführen würden, befehlen in die Hände arbeiten.

Man hat damals in voller Klarheit die vielen Gefahren des sozialdemokratischen Vorgehens erkannt. Später lautete die Kritik freilich ganz anders; hier ist mit Recht der Gesichtspunkt hervorzuheben, daß auch im politischen Leben der Satz gilt: Was Du nicht willst, das man Dir tu, das füg auch keinem Andern zu. Es könnte sehr wohl bei einer sozialpolitischen Gesetzgebung vorkommen, daß sie den rechtstehenden Parteien nicht paßt und daßelbe Mittel angewendet würde, und das wäre den Sozialdemokraten doch recht unangenehm. Nach dem „Berliner Tagblatt“ hat geschrieben:

In der Zolltarifkommission hat die wachsende Ausdehnung der sozialdemokratischen Heben die Befürchtung geweckt, die Arbeit nicht rechtzeitig erledigen zu können. Gestern, Montag, nahmen die Ausführungen des Abg. Paudert in der fünfstündigen Sitzung allein 20 Minuten, das heißt 3 Stunden 33 Minuten in Anspruch. Die heutige Leberede desselben Herrn beanspruchte anderthalb Stunden. Das hat dann selbst die Geduld des Senats hart geprüft und Ermahnungen von Geschäftsordnungs-Vorstellungen hervorgerufen, durch die es möglich werden möchte, ohne die Rechte der Minderheit zu beschränken, eine Beschleunigung des Fortganges der Beratungen zu erreichen. Innerhalb der Kommission stehen

nochmals aufgegriffen und davon gesprochen, daß man schon mit 700 namhaften Abstimmen das Ziel zu erreichen gedenke, den Zolltarif verstanden und verstanden zu lassen. Das waren die Anführungen, die auf die Diskussion vorbereiteten. Die Hoffnung, den Zolltarif durch Diskussion zu lösen, war eine eile und sie war wohl auch eine Thorheit. Es ist vor einigen Tagen ein Auftrag, den der verordnete Abgeordnete Viehölle geschrieben hat, wieder zitiert worden. Er hat damals über die Verhältnisse geschrieben. Der Redner verließ die Stelle, in der es heißt: Zur Abwehr der Angriffe zitierte sich der Abgeordnete der parlamentarischen Diskussion so wenig wie ein Regimentsführer zur Abwehr eines mit Dolch und Revolver bewaffneten Straßenräubers. Diese Weisheit, die Viehölle damals gepredigt, haben die Sozialdemokraten in dem vorliegenden Falle nicht beherzigt.

Die Beratungen des Zolltarifgesetzes

Begannen am 10. Oktober im Reichstag und alsbald zeigte sich, daß die Sozialdemokratie und die Freiwirtschaftliche Vereinigung zu obstruieren gedenken. Es waren vor allem die namhaften Abstimmen, die darauf berechnet waren, Zeit zu vertreiben. Man hoffte damals, daß durch den Reichstag beschleunigt zu machen. Es fanden Dauerreden ein bei den verschiedenen Positionen, so daß sehr bald klar wurde, daß eine sachliche Diskussion überhaupt ausgeschlossen war, daß die ganze Diskussion nur dahin abzielte, die Erledigung hinauszuziehen, Zeit zu vertreiben. Es hat das große Dimensionen angenommen, hat unendliche Reden zur Geschäftsordnung beigetragen. Wir haben gehört, daß ein Abgeordneter den Reichstag viele Minuten mit seinen kalten Füßen unterhielt, ein Redner sprach stundenlang über Kredit und Wassergas u. s. w. Es ist Ihnen das wohl aus den Zeitungen bekannt. In jenem Stadium, als die Verhandlungen des Zolltarifs begannen, als die ersten Tage vorüber waren, da waren die Aussichten auf eine Einigung der Parteien relativ gering. Zentrum und Konservative hatten sich am 21. und 24. Oktober bei den Minimalfragen festgelegt, hatten Verträge geschlossen, die von den Verbündeten Regierungen als absolut unannehmbar bezeichnet wurden. Am schloßten sich die Verhandlungen wochenlang hin, es kommt Antrag auf Antrag, wie die Ereignisse des künftigen Zolltarifs verwendet werden sollen. Stundenslange Reden über die Salzsteuer, Zuckerzoll, Branntwein u. s. w. Es zeigte sich, daß in der Sache ein vollständiges System liegt. Meine Herren! Wenn wir bedenken, daß die Zolltarifvorlage mit ihren 46 Positionen unter der Hiesigkeit ihres eigenen Widerspruchs zu stehen drohte, wenn wir bedenken, daß in jenen Stadien eine Aussicht auf Verständigung nicht vorhanden war, so kann man sagen, wie Thorheit der ganze Verhandlungsplan der Opposition war, der an seinem letzten Ende dahin geführt hat, die Einigung der vier Parteien herbeizuführen. Meine Herren! In diesen Verhandlungen wurde es klar, daß

ein schwerer Kriß des parlamentarischen Lebens

in Deutschland ausgebrochen war; es wurde klar, daß wie es mit dem Versuch einer relativ geringen Minderheit zu thun hatten, um jeden Preis die Verabschiedung des Zolltarifs zu verhindern. Wollte dieser Versuch, dann konnte man ruhig sagen, daß das parlamentarische System in Gefahr war, daß der Reichstag, der in der Verabschiedung des Gesetzes zum Ausdruck kommen sollte, verhindert wurde. Das empfanden die großen Parteien, die schließlich für den Fortgang der Geschäfte die Verantwortung trugen. Die Erkenntnis machte sich auch sehr bald geltend, daß es sich nicht mehr um den Zolltarif allein handelte, sondern um unsere ganze parlamentarische Institution. Meine Herren! Ich erinnere mich sehr gut an die Tage, wo das Wort fiel: Wer soll Herr sein im Deutschen Reich? Sind wir schon so weit gekommen, daß Herr Singer und seine Freunde gegen den Willen der Verbündeten Regierungen und gegen den Willen einer großen Mehrheit im Reichstag in der Lage sind, die Verabschiedung eines Gesetzes zu hindern? Das war die große Frage, ob die Sozialdemokratie schon so weit ist, daß sie die Herrschaft über den Reichstag und über unser ganzes politisches Leben an sich reißen kann. Meine Herren! In dieser schweren Lage, in dieser schwierigen Situation, in der wir eine Gefährdung des ganzen parlamentarischen Systems erkennen, da trat der kategorische Imperativ der Willkürerfüllung an die vier großen Parteien heran. Und unter diesem kategorischen Imperativ ist die Einigung erzielt worden. Es war zuerst die Beseitigung der Einigung erzielt worden. Es war zuerst die Beseitigung, die eingeführt hat, die „Neuzeitung“ und die „Germania“, die darauf hinwies, daß so, wie die Situation jetzt ist, es sich nicht mehr darum handeln kann, ob der Handwerksrat bei jeder seiner Positionen ein Mehr von 50 Pf. zugestimmt werden kann, sondern um die große wichtige Frage, ob die Sozialdemokratie Herr ist im Deutschen Reichstag. In diesen Zeiten begannen die

Beratungen

die den Zweck hatten, eine Einigung herbeizuführen. Sie fanden statt unter Leitung des Reichskanzlers am Samstag, den 22. und Sonntag, den 23. November, jeweils von 9 Uhr Abends bis 1 Uhr. Die Stellung der Regierung wurde durch die Einigung mit der der Nationalliberalen Fraktion. Die Regierung erklärte, daß sie auf eine Erhöhung der Zölle auf Weizen und Roggen im Minimaltarif nicht eingehe; sie erklärte weiter, daß die Bindung der Viehölle im Minimaltarif absolut unannehmbar ist. Dagegen erklärte sie sich bereit, bei Getreide eine Differenzierung einzuführen zu lassen, Getreide aus dem Minimaltarif überhaupt zu befreien, und bei Getreide oder Getreide eine Erhöhung von 3 auf 4 Pf. einzuführen zu lassen, und was für unsere Stellung außerordentlich wichtig war, die Regierung erklärte, daß der autonome Tarif so, wie die Kommission ihn beschloß, von der Regierung acceptiert wird; trotzdem manche „Unannehmlichkeiten“, um ein Wort des Herrn v. Tscherning zu gebrauchen, darin waren, wurde es erklärt, daß die Regierung in den kommenden Handelsverträgen diese „Unannehmlichkeiten“ beseitigen werde. Die Stellung der Partei ging dahin: Wir bleiben stehen auf unserem früheren Standpunkt, wir erklären, daß wir an der Regierungsvorlage festhalten, erklären uns aber bereit, die Differenzierung der Getreide und die Erhöhung des Getreidezolls bei Weizen um 1 Pf. anzunehmen.

Die Konservativen, das Zentrum und die Reichspartei hielten an ihrem Standpunkt fest und verlangten höhere Roggenzölle, verlangten Bindung der Viehölle, weil sie erklärten, wenn sie nicht gebunden würden, werde die Viehölle Bedrohung der Getreide geboten werden, worüber den kommenden Handelsverträgen. Eine aber wird niemand, der diese vollständigen Verhandlungen mitgemacht hat, aus dem Gedächtnis kommen, daß seitens des Reichskanzlers und des Grafen Polakowski sowie von Seiten der vier Reichsparteien immer wieder hervorgehoben worden ist: es muß Rücksicht genommen werden auf die politische Gesamtsituation, handelte es sich doch um die Frage, ob die Sozialdemokratie Herr ist im Reichstag durch die Meinung der Parteien, oder ob eine Einigung erzielt und dann der sozialdemokratische Widerstand niedergeworfen wird. Meine Herren! Unter dem Druck dieser Konstellation haben Zentrum und Konservative nachgegeben.

Die Einigung

Am Mittwoch, 26. November, zu Stände. Die Bedingung der Konservativen ist Ihnen ja bekannt; man hat verlangt, daß im Zolltarif 16 Eisenzölle ermäßigt werden. Es ist mir aus der Kenntnis der Verhandlungen aus den vollständigen Verhandlungen auch das Eine bekannt, wie ich schon es vor allem der konservativen Partei gefallen ist, ihre Zustimmung zu geben mit Rücksicht darauf, daß die Vertreter der Konservativen immer wieder betont haben, daß die Agrarzölle zu niedrig und die

Viehölle nach dem Tarif nicht gebunden sind. Die Beschlüsse sind gefaßt worden unter der pflichtmäßigen Erwägung, daß solche Concession von großer Tragweite für unser ganzes Verfassungsleben sein würde und wie damit zu rechnen hätten, daß die Sozialdemokraten mit maßlosem Übermut in die Wahlen einzeln würden. (Sehr richtig!) Nachdem die Einigung der Parteien in materieller Beziehung gefunden war, galt es, den Weg zu finden, um zum Ziel zu kommen. Nach langen Beratungen in den Fraktionen hat man sich entschlossen, den Weg zu gehen, der im Antrag Nordhoff sich verlor. Als der Antrag Nordhoff eingebracht wurde, erhoben sich sofort die

Stürme im deutschen Parlament

die auch in den kommenden Wochen sich noch forsetzen sollten. In der Sitzung vom 27. November erklärte Graf v. Helldorf die Meinung an das Haus, der Bitte eingedenk zu sein, die Deutsche Reichstag mit Recht fordern kann. Es war vergänglich, der Präsident konnte sich in den Tumulten, die nun losbrachen, kein Gebilde mehr verschaffen. Es kam zu den bekannten Wuthausbrüchen. Die Ordnung wurde in wildem Indianergeheul, das die Reichstagskammer durchzitterte. Es verfiel insbesondere der Abg. Singer durch seine eifolgslosen Reden die sozialdemokratische Fraktion in die Siedehitze hineinzubringen. Es sind ja damals in unserer Nähe Schimpfwörter gefallen, wie sie wohl im deutschen Reichstag nicht erhört waren. Es hat ein Kollege von mir sie damals zu Papier gebracht: Diebe, Gauner, Straßenräuber, Strauchdiebe, Verräther, Weindel, Rühler, elende Lumpen, Marnebalsacke. (Große Heiterkeit.) Angesichts dieser Vorgänge wird sich seitens der sozialdemokratischen Fraktion doch die Frage erheben, ob für den künftigen Wahlgang statt eines Wahl-V.-V.-Bündes ein neuer Antrag, der die parlamentarischen Angelegenheiten regelt, empfiehlt und da wäre vielleicht der Abg. Ulrich der geeignete Mann zur Herstellung dieses Bündes. (Heiterkeit.) Meine Herren! Was die

Zulässigkeit des Antrags Nordhoff

anlangt, so ist zunächst darauf hinzuweisen, daß, wenn dieser Antrag einen Bruch der Geschäftsordnung involviert hätte, wie das von Seiten der Gegner behauptet wurde, der Präsident verpflichtet war, ihn ohne Weiteres von den Verhandlungen zurückzuziehen. Das ist nicht geschehen. Graf v. Helldorf hat in seinen Eröffnungsreden darauf hingewiesen, daß gegen den Antrag Zweifel erhoben und diese nur gelöst werden könnten durch Zustimmung des Hauses. Zum zweiten war der Antrag Nordhoff auch den Verbündeten Regierungen bekannt. Wäre er geschäftsordnungswidrig oder gar verfassungswidrig gewesen, wie auch behauptet worden ist, so hätte von Seiten der Regierung darauf hingewiesen werden müssen, daß dieser Weg nicht gangbar ist. Es hat der Herr Reichskanzler in einer Rede darauf hingewiesen, daß er nicht der Vater des Antrags sei, aber wenn er es wäre, er sich dieser Vaterhaft nicht schämen würde. Es gab ja verschiedene Wege. Wir konnten die Geschäftsordnung ändern, wie konnten die Bestimmungen in sie aufnehmen, daß eine Enklave-Ausnahme zulässig sei, wenn 200 Abgeordnete darauf antragen. Man konnte die Bestimmungen in die Geschäftsordnung aufnehmen, daß nicht nur die Veranlassung über einzelne Artikel, sondern auch die Abstimmung über einzelne Artikel verbunden werden kann. Das waren Wege, die erörtern, aber abgelehnt wurden, weil man daraus Konsequenzen für die Zukunft fürchtete. Es war noch ein anderer Weg gangbar. Wir konnten den ganzen Zolltarif in unseren Änderungsantrag aufnehmen, dann hätte der Änderungsantrag ein einheitliches Ganze gebildet und bei der Abstimmung dürfte gegen unseren Willen der Antrag nicht geändert werden. Ich führe das an, weil sich daraus ergibt, daß es uns fern lag, einen Bruch der Geschäftsordnung oder der Verfassung aus zu Schulden kommen zu lassen, denn es standen uns ja ganz andere Wege offen. Wir haben den Antrag eingebracht, weil wir ihn für juristisch zulässig erachteten, und Präzedenzfälle in der Geschichte des Reichstags finden konnten. Es waren vor allem Vorgänge in den Jahren 1879 und 1885. Im Jahre 1879 war ein Vorstoß ergangen, in dem einfach Bezug genommen wird auf die Beschlüsse des Reichstags in zweiter Lesung. Dasselbe war der Fall im Jahre 1885. Ich bin mir vollständig bewußt und Sie wissen das auch, daß das juristische Zeile Bedenken gegen die Zulässigkeit des Antrags Nordhoff erhoben wurden. Man hat in den künftigen Tagen Professor Laband ein ausführliches Gutachten in der „Deutschen Juristenzeitung“ erhalten über alle die Fragen, die im Laufe der Tagung aufgeworfen worden sind, auch über den Antrag Nordhoff und er kommt zu dem Resultat, daß er sich mit der Geschäftsordnung nicht verträglich. Andere kommen zu einem anderen Resultat, z. B. Professor Hubrich, der sagt, daß über die Geschäftsordnungszulässigkeit kein Zweifel sein könne. Es handelte sich um Gutachten. Waren Zweifel vorhanden, Zweifel, die wir nicht theilen, dann gab es kein anderes Mittel und das ist auch in letzter Weise seitens des Herrn Reichskanzlers hervorgehoben worden, als die Mehrheit entscheiden zu lassen, das Wort des Reichstags selbst herbeizuführen. Wie der Reichstag das Recht hat, die Geschäftsordnung abzuändern, so hat er auch das Recht, die Geschäftsordnung auszuheben. Es kann also niemand von einem Verfassungsbruch, von Verletzung von Verfassung der Geschäftsordnung sprechen. Meine Herren! Was

die Geschäftsordnung

an sich anlangt, so hat sie sich in jenen Tagen als unentwickelt und nicht genügend gegenüber solchen Vorgängen erwiesen. Der Charakter der Geschäftsordnung ist der: Sie ist kein unabänderliches Gesetz, sie kann jederzeit durch einfachen Mehrheitsbeschluß, nicht wie Gesetze, die drei Lesungen durchlaufen müssen, abgeändert werden. Der einzige Zweck einer Geschäftsordnung ist der, die ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte zu ermöglichen, und das, was dieser Zweck nicht mehr erfüllt werden kann, so hat die Geschäftsordnung als unbrauchbar herausgestellt, es ist nicht nur Recht, sondern Pflicht der Mehrheit, die Geschäftsordnung abzuändern. Es ist bekannt, daß die Geschäftsordnung in ihren Grundzügen auf eine andere Zusammenfassung des Reichstags eingerichtet ist und die Väter der Geschäftsordnung jedenfalls nicht daran gedacht haben, daß Herr Singer und seine Freunde sich auf die formalen Bestimmungen der Geschäftsordnung stützen und eine sachliche Behandlung unmöglich wird. Das erste war der Antrag Nordhoff, der am 12. November den Reichstag beschäftigte hat. Die namhaften Abstimmen haben sich gebildet. Ueber die unwichtigen Gegenstände wie Verfassungsanträge hat man und zu namhaften Abstimmen gekommen. Das hatte nur den Zweck, die Zeit hinzubringen, da namhaften Abstimmen 80–85 Minuten in Anspruch nahmen. Wie waren der Antrag, daß namhaften Abstimmen ganz gut sind, daß aber die Minderheit kein Recht hat zu verlangen, daß sie jeweils 85 Minuten dauern. Deshalb haben wir eine Abänderung beschlossen und den Gebrauch des parlamentarischen Verfahrens, die Petitionsgabe, eingeführt und dadurch eine große Heiterkeit, die Abkürzung auf 1/2 erreicht. Damals hat sich schon ein großes Geschrei erhoben über Verengung, über parlamentarischen Staatsverfall. Die lex Nihilist hat sich im Großen und Ganzen bewährt; es sind zwei oder drei mal Redemittel der Schriftlichkeit vorgekommen. Aber bei der großen Rolle — es waren über 100 Abstimmen — war das Resultat immer ein zuverlässiges und die große Abkürzung hat gezeigt, daß der Zweck der lex Nihilist vollkommen erreicht worden ist. Eine einschneidende Veränderung war eine Abänderung der Geschäftsordnung, die als

lex Nordhoff

bezeichnet worden ist. Von einem gewissen Stadium der Verhandlungen ab hat sich die ganze Diskussion in Geschäftsordnungsgedanken aufgelöst, eine sachliche Diskussion war nicht mehr möglich. War eine Geschäftsordnungsdiskussion abgefallen, entpinn sich sofort eine Geschäftsordnungsdiskussion über eine neue Frage. Es hat Eugen Richter in der „Frei. Ztg.“ wiederholt darauf

hingewiesen, der Präsident hatte die Nachmittel, dem Einhalt zu thun; aber was sollten die Präsidenten damals thun? Sobald sie eingriffen, waren sie den wütenden Angriffen, Tumulten und Verwirrungen ausgesetzt. So hat man zwei Abänderungen herbeigeführt, man hat die diskretionäre Gewalt der Präsidenten erweitert, hat ihnen das Recht gegeben, darüber zu befinden, ob eine Rede zur Geschäftsordnung gehalten werden kann und in auf den alten Grundriss zurückgekommen, daß Reden zur Geschäftsordnung nur kurze Bemerkungen sein sollen über die formale Behandlung der Geschäfte und daß die kurze Zeit von einigen Minuten ausreicht. In anderer Richtung ist die Geschäftsordnung nicht ergänzt worden. Es hat bekanntlich viele Concessionen gegeben. Den Ordnungsrufen, die gegen den Abg. Ulrich erfolgt sind, konnte eine weitere Folge nicht mehr werden, da der Präsident nicht die Macht hat, seiner Ausweisung Verfügung auch Gehör zu verschaffen. Wenn man die Geschäftsordnung der Parlamente anderer Staaten in Betracht zieht, die von England, Frankreich, Italien u. s. w. so sieht man, daß dort die Disziplinarmittel — und Frankreich ist eine Republik — ganz andere sind, als bei uns. Dort hat der Präsident das Recht, den Ausschluß auf eine Woche, zum zweiten Male auf 14 Tage zu verfügen. In diesen Dingen besteht die Einrichtung, daß der Sergeant of Arms in der Lage ist, den Abgeordneten mit Gewalt zu entfernen, der sich den Weisungen des Präsidenten entgegenstellt.

Ich verweise noch auf einen anderen Gesichtspunkt. In England hat man ein anderes Mittel, langwierige Debatten zum Abschluß zu bringen. Dort kann der Sprecher einen Termin setzen, er kann sagen: „In 14 Tagen, in drei Wochen muß abgestimmt werden, gleichgültig wie weit die Verhandlungen gediehen sein werden.“ Auch in dieser Richtung handelte es sich um einen Antrag. Wie haben den Antrag Nordhoff gewählt, weil wir denselben für zulässig hielten. Nun, meine Herren, in diesen Tagen, die sich an die Einreichung des Antrags Nordhoff angeschlossen, haben sich eine Reihe fruchtbarer Szenen im Reichstage ereignet. Ich will sie nur kurz streifen, um sie ins Gedächtnis zurückzurufen. Es war am 28. November, ein Tag, an dem ich zu Worte kam, und da ist es den Sozialdemokraten nicht gelungen, mich aus dem Konzept zu bringen, oder niederzuschreiben. Aber dann kam später der Abgeordnete Bachem, und er ist niedergeschrieben worden, weil er sich geweigert hat, seinen Gewährsmann für eine von ihm gemachte Behauptung zu nennen. Das war um so niedriger, als der Abgeordnete Vebel ja doch jahrelang eine Reihe von Dingen vorbrachte, und wenn man ihn nach seinem Gewährsmann fragt, lehnt er es mit sittlicher Entrüstung ab, ihn zu nennen. (Sehr richtig!) Man schreie Bachem nieder. Es war ein solcher

Tumult

daß der Vizepräsident Vasing die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrechen mußte. Er hat bei der Wiedereröffnung darauf hingewiesen, daß seit 31 Jahren, seit er im Reichstag ist, solche Szenen nicht vorgekommen sind, und er hat die dringende Mahnung an das Haus gerichtet, die Wiederholung solcher Szenen zu vermeiden. Am Schluß der Sitzung hat Herr Singer nochmals gesprochen und hat erklärt, daß die Sozialdemokraten Bachem nicht mehr gestatten würden, das Wort im Reichstag zu nehmen. So weit waren wir bereits gekommen. Am 1. Dezember ist die Verfassung des Präsidenten erfolgt, die Treue zur Verfassung und die Pflege der Reden frei zu lassen und die Pflege der Stenographen nicht zu umlagern. Diese Verfügung war notwendig, weil die Sozialdemokraten in heißen Worten diese Pflege belagerten, so daß es den Rednern oft kaum möglich war, zu sprechen. Es war dies jene Sitzung, in der Herr Vebel den Abgeordneten Richter verurteilte, worauf Herr Richter den Schluß des Präsidenten gegen diese Verurteilung anrief. Am 4. Dezember hat die Sache ihren Höhepunkt erreicht. An diesem Tage wurde der Präsident der Geschäftsordnungskommission, der Abgeordnete

Singer, ausgeschlossen

aus dieser Sitzung. Es war ein höchst lebender Mann, der auch damals den Reichstag erfüllt hat. Die Ursache war die, daß Herr Vebel, Singer der Abg. Bachem das Wort erhielt. Der Vizepräsident Graf v. Helldorf hat zu wiederholten Malen verlangt, daß die Treppe geräumt werde. Es nahm damals der Tumult der Sozialdemokraten bedrohliche Dimensionen an, so daß in einzelnen Plätzen die Hausbeamten sich hinter dem Präsidenten aufstellten, offenbar zu seinem Schutz. Der Abg. Singer hat dem Präsidenten den Geduldsfaden verweigert; er hat das Haus nicht verlassen, er hat versucht, nochmals abzustimmen, seine Abstimmungskarte wurde aber zurückgewiesen. Er wollte offenbar mit seinem Verhalten andeuten, daß die Geschäftsordnung eine Lüge enthalte und das Verhalten einer Ausweisung in der Luft schwebt, wenn der Präsident nicht in der Lage ist, einen Ausgewiesenen aus dem Saale zu entfernen. Meine Herren,

die Haltung der Präsidenten

in diesen Wirren war sehr bemerkenswert, und ich glaube, die deutsche Nation ist ihnen zu Dank verpflichtet, daß sie in diesen wilden Tagen die Nerven nicht verlieren haben. Vor allem auch der Vizepräsident Vasing, der aus unserer Fraktion hervorgegangen ist, hat sich in den schwierigsten Situationen vollständig seiner Aufgabe gemessen gezeigt. Er hat in den schwierigen Fragen — und, meine Herren, die Stellung der Präsidenten war in diesen Tagen keine beneidenswerte — immer mit voller objektiver Ruhe und Klarheit seine Anordnungen und Entscheidungen gegeben und sich die Anerkennung des Reichstags erworben. Meine Herren, nicht überall ist diese Anerkennung den Präsidenten zu Theil geworden. Ich habe hier einen Bericht über eine Verammlung, in welcher der Abgeordnete Nordhoff das Wort geführt hat und Graf v. Helldorf einen wortwüthigen Gallunken nennt. Von Graf v. Helldorf sagt er: „Er ist ein erblicher Mann, der in der parlamentarischen Schule groß geworden ist.“ In der Sitzung vom 11. Dezember ist der Antrag zur Annahme gelangt mit 184 gegen 133 Stimmen, und damit war auch die zweite Lesung zu Ende. Die Sozialdemokratie und die ihr verbundene Freiwirtschaftliche Vereinigung haben es glücklicherweise dahin gebracht, daß der Zolltarif sämtlichen Klappen glücklich bestanden hat. Die Diskussion war nicht nur ein Verbrechen, sondern sie hat sich, wie man es verschiedentlich vorausgesehen hat, als ein großer Fehler erwiesen. Die Sozialdemokratie konnte für künftige Fälle den Spruch beibringen: „Du bist doch vor allem Böse!“ es macht Wäcker, wenn man es ist, es macht Verdruß, wenn man's gewesen.“ Ich muß noch ein Wort sprechen über

unser Haltung

in der ganzen Frage. Es war für uns eine schwere Situation, da wir voraussehen, daß das Resultat gekommen ist. Wie haben vorausgesehen, daß unsere Haltung nicht alle überall befriedigen würde, sondern wir uns beständige Angriffe zuziehen würden. Nun, meine Herren, die Entschlüsse der Fraktionen sind nach stundenlangen Beratungen in vollständiger Abwägung der Umstände, die für und gegen die Vorschläge sprachen, gefaßt worden. Wenn wir also den Antrag Nordhoff zustimmen, so war es deshalb, weil wir uns pflichtgemäß überzeugt hatten, daß dieser Weg gegangen werden mußte, wenn wir uns auch Risiken und Verschärfungen zuziehen. Man hat uns zuwider in der Haltung zum Zolltarif vorgeworfen. Das ist unangebracht. Wenn man die verschiedenen Entschlüsse der Nationalliberalen durchsieht, so findet man, daß überall betont wird: Wir wollen einen besser gestellten Zolltarif mit besserer Berücksichtigung der Landwirtschaft. Dieser Standpunkt ist beibehalten

wurden über den Eisenacher Parteilager hinaus und bei diesem selbst. Man hat gesagt, wie seien umgefallen und hätten den Verfall der Partei nicht Folge geleistet, wie seien darüber hinweggegangen. Auch das ist nicht richtig. Unser Standpunkt, wie der den ganzen Konvention einnahm, hat sich im Ganzen gehalten. Wir haben mit der Regierungsvorlage, die wir im August als allerhöchste eine Erhöhung um 1 Mark eintreten lassen, nicht aber die Futtergerste aus dem Minimumtarif ganz weggelassen, und ihre Einfuhr beträgt 1/4 der gesamten Getreideeinfuhr. Was aber den

autonomen Tarif

anbelangt, so hat er in den Eisenacher Verhandlungen gar keine Rolle gespielt. Ein Parteilager kann über einen Tarif, der 946 Positionen enthält, unmöglich ein Verdict abgeben. Der autonome Tarif hat keine weitere Bedeutung als die, der Regierung eine Direktive anzugeben für künftige Handelsverträge. Erst dort werden die Sätze festgelegt, und so hat der autonome Tarif nicht die Bedeutung, die ihm vielfach im Publikum zugewiesen wird. Es hat Graf Posadowski wiederholt darüber gesagt: Meine Herren, halten Sie sich mit diesem autonomen Tarif nicht zu lange auf; da sind Sätze, die Abänderungen unterliegen, Sätze, die der Regierung ein gutes Mißgefallen geben sollen, bei denen es aber egal ist, ob eine Position um ein paar Mark höher oder niedriger bemessen ist. Meine Herren! Wenn noch ein Zweifel vorhanden, ob unser Verhalten sich deckt mit den Eisenacher Beschlüssen, so ist der Zweifel gehoben durch den Bericht, den der Abg. v. Ardenne gegeben hat. Er berichtet, daß er in der Nacht nach der zweiten Verhandlung beim Reichsanwalt den Grafen Limburg und Herrn Kormann, beide mit rothen Köpfen, getroffen habe. Sie sagten: Es ist nichts zu machen. Die Nationalliberalen wollen keinen roten Heller darauf legen und die Regierung will keine Bindung der Reichsölle. Da ist bestätigt, daß der Standpunkt der Regierung der unsere war. Ich habe in diesen Tagen in den Zeitungen gelesen, ich hätte gehandelt, wie Nationalliberalen allein haben den Zolltarif gemacht. Meine Herren! Sie werden mir gut tun, daß ich das entgegenstellen kann nicht ausspreche. Der Zolltarif konnte nur zu Stande gebracht werden, wenn die vier Parteien sich einigten. Sobald sich eine zurückzieht, war es zweifelhaft, ob eine Mehrheit im Reichstage zu Stande kommt. Wir mit unseren 88 Stimmen konnten es selbstverständlich nicht allein machen. Aber, meine Herren, eine Frage hat sich für uns in den Vordergrund gestellt, und das war die Frage der

Verantwortung

Wir mühten uns fragen: Wenn wir uns der Vereinigung entziehen, bringen wir den ganzen Zolltarif zu Fall. So lag die Sache und nach dieser Richtung hin lag die Verantwortlichkeit in vollem Umfange auf uns. Meine Herren, diese Verantwortlichkeit, durch unsere Stimmen den Zolltarif zu stützen, zu lassen dadurch, daß wir schweigen, eben den Weg zu gehen, den begangen werden mußte, diese Verantwortlichkeit konnten wir nicht tragen. Meine Herren! Man hat uns entgegengehalten, der Zolltarif sei nicht gründlich genug erörtert worden. Meine Herren! Das ist auch nicht der Fall. Der wirtschaftliche Ausschuss hat jahrelang sich damit beschäftigt, die Kommission hat 111 Sitzungen darüber abgehalten. Meine Herren! Daß die Sache so ausgefallen ist, wie sie schließlich im Plenum verlaufen ist, das ist nicht unsere Schuld. Wir hätten gerne bereit gewesen, den Zolltarif in gewöhnlicher Form durchzuführen, aber uns verweigern und verweigern zu lassen, durch Wochen hindurch, dazu waren wir nicht bereit. So haben wir ein, da keine sachliche Beratung unmöglich gemacht wurde, daß es so ging, wie Herr Richter es vorausgesetzt hatte: Es wird ja überhaupt nur gesprochen, um die Zeit zu vertreiben. Ich glaube, daß man auch im Falle des Bedarfs nach weiteren Verhandlungen hätte, sondern daß man auch im Falle eingesehen hat, daß es eine jammervolle Majorität wäre, die sich auf die Dauer verschlingt und Verwirrung gestiftet ließe, und daß man es mit Freunden begrüßt hat, als der Zolltarif durch die Abstimmung aus der Welt geschafft wurde. Es ist auch von Zeitungen, auch von solchen, die in unserer Nähe erscheinen, mit großer Empfindung von dem

Rechtsbruch

gesprochen worden. Aber als es sich im Jahre 1891 um die Handelsverträge handelte, da sprach man anders in der „Frankfurter Zeitung“. Die Konservativen wollten eine gründliche Beratung haben und da sagte das vorerwähnte Blatt: „Die gewöhnlichen längeren Beratungen würden unter den Umständen zu einem Jahrmarkt werden, und ein ähnliches trauriges Schauspiel gäbe, wie anno 1879 die Zolltarif-Beratungen im deutschen Reichstag.“ Auch der „Vorwärts“ sprach sich damals sehr ungnädig gegen diejenigen aus, die eine gründlichere Beratung der Vorlage wollten. Er schrieb nämlich von den „Interessierten, welche die Verhandlungen durch ihre ebenso langen wie langweiligen Reden aufhalten wollen.“ Meine Herren! Wie's fällt; wenn man's so braucht, dann so, wenn anders, dann anders! Was sollten wir thun in dieser kritischen Lage, nachdem eine Einigung auf materiellem Gebiete gefunden war? Sollten wir aus doktrinen Gründen, weil wir die Gewissheit hatten, da und dort anzukommen, den Weg, der zum Ziele führen müßte, nicht gehen? Sollten wir die Verantwortlichkeit tragen, wenn wir den Zolltarif zum Scheitern brachten? Diese Frage mühten wir vernehmen. Wir waren uns darüber klar geworden, daß wenn wir die Geschäftsordnung in der Weise abgeändert hätten, das Gefährde über Staatsrecht, über Verfassungsgesetze das gleiche geblieben wäre. (Sehr richtig!) Meine Herren! Man hat gegen uns den Vorwurf erhoben, daß unser Vorgehen die Grundzüge des Liberalismus verlege. Ich weiß diesen Vorwurf entschieden zurück. Zwischen

Terrorismus und Liberalismus

ist ein großer Unterschied. Unter Terrorismus verstehe ich, wenn eine Minorität die Mehrheit durch Obstruktion, durch endlose Geschäftsordnungsdebatten, durch ungezählte Abstimmungen, durch Lärm und Stenografieren verhindert, ein Gesetz zu verabschieden. Das vertritt sich nicht mit der Freiheit der Diskussion und dem Grundprinzip des Parlamentarismus, das eben das Mehrheitsprinzip ist. Wer durch derartige künstliche Mittel die Verabschiedung des Gesetzes hindern will, der verlegt vielmehr die Grundzüge des Liberalismus, als derjenige, der sich energisch und kräftig gegen einen derartigen Terrorismus wehrt. Meine Herren! Den Vorwurf, daß wir nicht liberal gehandelt hätten, können wir mit Ruhe ertragen. Der Abg. v. Bennigsen, unser verehrter, verstorbenen Führer, hat einmal gesagt:

Wir sind oft beschuldigt worden, daß wir die Freiheit, alle Grundzüge des Liberalismus vollständig verrathen hätten. . . . Mehrmals habe ich den Führer des Radikalismus im Parlament vorgehalten: diejenigen großen Verfassungsbestimmungen und Organisationsgesetze, auf denen unser ganzes öffentliches und Verfassungswesen beruht, sind alle an dem einen Tag gegen den Radikalismus im Parlament angenommen, und wenn es sich nachher noch Jahren darum handelte, daß seitens der Reaktion oder seiner schwachen Regierung, vielleich der Versuch gemacht wurde, an diesen Errungenschaften zu bohren — wer waren dann die eigentlichen Täter? Das waren die Männer, die uns wenige Jahre vorher bis in den tiefsten Abgrund der Hölle verurtheilt hatten, daß wir solche reaktionäre Grundzüge vertreten hätten!

Meine Herren! Mein Freund Kuhn hat vorhin darauf hingewiesen, daß man bei dieser Zolltarifvorlage vielfach unabsichtlich und auch absichtlich

freihändlerische und liberale Prinzipien

verwahrte. Die Nationalliberale Partei steht seit Jahren auf dem Grunde des Schutzes der nationalen Arbeit. Sagen Sie andere

Staaten an. Republikanische Staatsgebilde: die Vereinigten Staaten, Frankreich wie jetzt auch die Schweiz gehen mit Schutzolltarifen vor! Da sehen Sie, daß auch in Republiken ein Unterschied gemacht werden muß, ob freihändlerisch oder schutzhändlerisch und liberalen Anschauungen, die sich auf hohe politische Fragen unserer Staatslebens beziehen. Was haben wir an diesen Tagen alles lesen müssen über unser Verhalten. Graf Hoensbroech schreibt in einem Blatt, das mir hier vorliegt: „Die Nationalliberale Partei im Schlepptau von Zentrum und Parteikonföderation wurde der Bundesgenosse eben dieser selben Reaktion.“ Meine Herren! Die Nationalliberale Fraktion im Schlepptau und auf der anderen Seite die Thatsache, daß der Standpunkt, den wir von vornherein als richtig bezeichnet haben, festgehalten an der Regierungsvorlage, im Reichstage zum Siege gelangt ist! Man hat auch von einem Kartell gesprochen. Wo in aller Welt ist denn

Ein Kartell

geschlossen worden mit den Konserverfabrikanten und dem Zentrum? Wo aber Konföderation, wo Zentrum, wo wir haben bei dieser wirtschaftlichen Frage Verantwortung gehabt, an den Grundlinien unserer Auffassung in der inneren Politik zu klären. Keine Aufgaben, die an uns herantraten, werden nachträglich wieder die alten Gegensätze zeigen. Daß es verschiedene Parteien gibt, ist gut, denn nur das Zusammenwirken verschiedener Parteien und Weltanschauungen gebiert schließlich den Fortschritt. Meine Herren! Heute das große Gefährte über das Zusammengehen der nationalliberalen Fraktion mit den anderen Parteien. Sind denn die großen Gesetze der letzten Jahre auf andere Weise entstanden? (Sehr richtig.) Beim Bürgerlichen Gesetzbuch war es notwendig, daß die Nationalliberalen sich einigten mit dem Zentrum und diese Einigung, die die Voraussetzung für das Gelingen des Bürgerlichen Gesetzbuchs war, ist erzielt worden durch Verhandlungen zwischen Feindespartei und dem verstorbenen Zentrumsführer Dr. Lieber. Erst nachdem diese Verhandlung erzielt war, bei der auch Konzeptionen gemacht werden mußten auf dem Gebiete der Gesetzgebung, ohne daß das Zentrum nicht zu haben gewesen wäre, war es möglich, das bürgerliche Gesetzbuch zu erlangen. Sehen Sie sich nur die Flotten- und Militärverträge der letzten Jahre an! Sie sind genau durch dieselbe Mehrheit zustande gebracht worden, die heute den Zolltarif zur Verabschiedung gebracht hat. Decret- und Motenverträge sind zur Verabschiedung gekommen und beschlossen worden gegen die Sozialdemokratie, die freisinnige Volkspartei und die freisinnige Vereinigung. Meine Herren! Sie sehen, es ist eben notwendig, daß man zur Erzielung großer Aufgaben — das liegt in der Natur der Verhältnisse der Parteien — sich zusammenfindet ad hoc für den einzelnen Zweck, ohne daß dadurch ein Kartell entsteht. Es ist auch möglich, daß die kommenden Handelsverträge bereits wieder eine andere Signatur in der Zusammenfassung der Parteien zur Folge haben. Es ist nicht zu leugnen, daß wir scharfe Angriffe erfahren haben aus dem eigenen Lager. Ich habe keine Veranlassung, heute auf diese Angriffe einzugehen. Diese Angriffe sind nicht zu verwundern. Wir mühten von Anfang an, daß auch in unseren Reihen große Gegner des Zolltarifs, der Erhöhung der Agrarzölle vorhanden waren, die sich zu dem Standpunkt, den wir einnahmen, ablehnend verhalten haben. Aber eines ist hervorzuheben:

Der Zusammenhalt der Partei

In all diesen schweren Zeiten ist nie erschüttert worden. Auch diejenigen, die anderer Ansicht waren, als die Reichstagsfraktion, waren davon überzeugt, daß das Zusammenhalten trotz der Verschiedenheit der Meinungen in diesen wirtschaftlichen Fragen aufrecht erhalten werden muß und auch die Fraktion hat in den Wochen schwerster Kämpfe fest zusammengehalten, bis das schwere Werk in seiner Kraft zustande kam. Schwierigkeiten haben auch andere Parteien zu verzeichnen gehabt. Daß Richter den Kampf gerechtfertigt hat gegen die Obstruktion, ist auch nicht allüberall gebilligt worden. Die Konserverfabrikanten haben schwere Kämpfe ausgetragen gegen den Mund der Landwirthe, und im Laufe der letzten Monate hat man wiederholt gehört, daß man innerhalb der Zentrumspartei nicht überall mit der Haltung der Fraktion einverstanden war. Das liegt in der Natur der Sache bei so großen Fragen wie der Zolltarif. Es ist unmöglich, daß in großen Parteien völlige Uebereinstimmung erzielt wird. Meine Herren! Man hat uns vorgeworfen, wir hätten das Gewicht von den Konservativen und dem Zentrum; Eugen Richter ist von diesen Parteien auch gelebt worden. In einer Zeitungsnachricht, die in den letzten Tagen durch die Welt ging, habe ich auch gelesen, ich hätte mich als Zensor über die Parteigenossen aufgeworfen und in abfälligen Ausdrücken über die Dissidenten gesprochen. Genau das Gegenteil ist richtig. Ich habe der hohen Genugthuung Ausdruck verliehen, daß sich die Vorgänge des Jahres 1879 nicht wiederholten. Ein Zolltarif ist für die Nationalliberale Partei mit ihrer Freiheit in wirtschaftlichen Fragen eine gefährliche Sache und wie gefährlich, das haben die Vorgänge des Jahres 1879 gezeigt. Dort kam es zu Sezessionen. Erst ist die Gruppe Volksschau angetreten, weil sie schutzhändlerisch war, dann kam die große Sezession Rammberg-Richter und Genossen. Wohl hat man von dem einen oder anderen gehört, daß er nicht mit uns einverstanden war, aber immer wieder hat man betont, daß der Zusammenhalt der Partei durch derartige Meinungsverschiedenheiten unter keinen Umständen gefährdet werden kann. Nun, meine Herren, darf ich noch ein kurzes Wort sagen über

die Haltung der Oppositionsparteien.

Was die beiden freisinnigen Parteien anbelangt, so war in ihrem Verhalten im Reichstag ein scharfer Gegensatz vorhanden. Die freisinnige Vereinigung mit ihren 12 Mann hat die sozialdemokratische Obstruktion geführt. Diese Haltung ist meines Erachtens viel weniger aus dem liberalen Charakter der Partei heraus erwachsen als aus ihrem ausgesprochen freihändlerischen Charakter. Diese Partei war ein scharfer Gegner des Zolltarifs und hat sich von Anfang an mit meiner Ansicht nach falschen Taktik und Opposition der Sozialdemokratie angeschlossen. Das ist in sehr temperamentvoller Weise geschehen in dem Augenblick, wo der Abgeordnete Singer sich zum Wort gemeldet hat, um Schwierigkeiten herbeizurufen, um neue Fragen zur Diskussion zu stellen u. in demselben Augenblick waren die Herren Barth u. Gothein bereit, die Schwierigkeiten vergrößern zu helfen. Sie haben aber schließlich den Gesinnung an der Sache verloren, meiner Ansicht nach hauptsächlich infolge der Rede des Abg. Richter, die ihnen sehr in den Augen gefallen ist; aber nachdem es einmal geschehen war, konnten sie die sozialdemokratische Fraktion nicht mehr zurückweisen, sie mühten der Sache ihren Lauf lassen. Die freisinnige Vereinigung ist von einem Grundirrtum bei der Beurteilung der ganzen Situation ausgegangen. Sie hat geglaubt, daß auch bei diesem Zolltarif eine große Bewegung durch das deutsche Volk gehe, eine große Bewegung, die zu der Zeit der lex Heinke, beim schließlichen Zolltarif, geschehen ist. Bei der lex Heinke, wenn ich mich schon an diesem Grunde die Obstruktion schelten. Die freisinnige Vereinigung hat die ganze Schale ihres Zornes auf uns ausgegossen, aber sie hat sich auch mit der freisinnigen Volkspartei veruneinigt und es muß komisch wirken, wenn sie sich aufspaltet, als wäre sie berufen, eine große liberale Partei unter der Leitung des Herrn Barth ins Leben zu rufen, sie, deren Auftreten wie Sprengpulver auf die liberalen Parteien gewirkt hat. Wenn wir den Dank der Sozialdemokratie entgegennehmen für diese Unterstützung, so ist dieser Dank doch nur Spott und Hohn. In einem Artikel der „Neuen Zeit“, der Sprungfluch unterschrieben und von dem bekannten Herrn Kautsky geschrieben ist, heißt es:

„Schrecklich kann man sagen, daß die Freisinnigen um Barth und Schröder sich doch besser gehalten hätten. Das ist richtig; sie haben in anerkennenswerther Weise gezeigt, was der Liberalismus heute noch im besten Falle und unter den günstigsten Umständen leisten kann — als ethische und geistliche

Die Gruppe der Sozialdemokratie.“ (Heiterkeit.)

Das ist die Beschuldigung in der offiziellen Zeitung der Sozialdemokratie für die prächtige Unterstützung, die die Herren Barth, Brömel und Gothein der Sozialdemokratie in dem Kampf gegen den Zolltarif haben angedeihen lassen. Von diesem Verhalten der freisinnigen Vereinigung steht ab die ganze

Taktik der freisinnigen Volkspartei.

Diese hat den Kampf gegen die Taktik der Sozialdemokratie nicht erst aufgenommen bei den Verhandlungen über den Zolltarif, sondern schon bei den bekannten Vorgängen auf dem Wiesbadener Genossenschaftstag, auf welchem der freisinnige Abgeordnete Träger die sozialdemokratischen Konsumvereine aus dem Verbandsverband entfernte, weil er sah, daß diese die Politik in die Konsumvereine hineintrugen. Schon damals ging ein Sturm der Entrüstung gegen die freisinnige Volkspartei durch die sozialdemokratische Presse. Hier beim Zolltarif hat der Abg. Richter genau erkannt, welche große Gefahr durch das Verhalten der Sozialdemokratie dem parlamentarischen System überhaupt gedroht hat und offen ausgesprochen, daß es angebracht ist, gegen die Rabau-Genossen und Verschömpfungen anzukämpfen. Verschömpfungen auch seiner eigenen Person, die ihn bekanntlich nöthigten, zum ersten Mal in seiner parlamentarischen Thätigkeit auf der Tribüne zu sprechen. Eugen Richter hat sich in diesem Sinne Gang geben lassen, so wäre der Zolltarif wohl durch sein eigenes Schwergewicht erdrückt worden. Die Sozialdemokratie hat sich gegenüber dem Abg. Richter in groben Beschimpfungen ergangen, die vor Allem im „Vorwärts“ ihren Ausdruck fanden. In der Nummer vom 2. Degr. heißt es:

Wie ein Geipen erschien Eugen Richter zum ersten Mal in seiner parlamentarischen Wirksamkeit auf der Rednertribüne, sonst hat er stets dem Platz ausgetreten. Aber die Nachbarschaft der Sozialdemokratie war ihm unheimlich geworden. Alles, was die „Freisinnige Zeitung“ an Hindernissen und Erschwerungen wider die Sozialdemokratie in der letzten Zeit geschrieben hat, war verfallen in dieser Todtenrede, das ist so herzerregend, das ist so Oppositionsmannes. Niemand hat mit solcher Leidenschaft die Rednertribüne der Weisheit verteidigt, als an diesem Montag Eugen Richter, der, umjubelt von der Rechten, dem Zentrum und den Nationalliberalen vorlag, daß die Weisheit aus Jammerserlen herischen müßte, wenn sie anders verfahren wäre.

In einem anderen Artikel ist gesagt: Eugen Richter und Vassermann waren die Waffenslieferanten und Strategen der Volkspartei. Weder Herr Vassermanns historische Lebensliteratur noch das darauffolgende Zentrum-Spann pathetische Behauptungen einer inneren Ueberzeugung, die Niemand hätte, machte die Staatsidee reichlich froh. Erst Herr Eugen Richter, dem großen Volkstribun des Reichs, war es vergönnt, den letzten Rest von Weisheit auf der Seite der Weisheit einzuführen. Er verteidigte die Weisheit, wie nur je ein kombiantischer Advokat einen Raubmörder. Er wurde mit Beifallstürmen von der Rechten und dem Zentrum jede Minute unterbrochen und der wohlverdiente Jubel der Volkspartei schallte getöndelt seine Knechtentrost. So unbeschäftigt es auch seinen Parteifreunden war, die freilich nicht den Muth haben, die Exzellenz des zur Weisheit abgewandten Führers zu brechen. Seine Scharfmacherei zu Gunsten der Volkspartei gipfelte in dem unvergesslichen Ausbruch, es sei Unfug, daß eine Minorität das Recht haben solle, ihre Anträge vor den späteren der Mehrheit zur Behandlung zu bringen. Herr Richter fühlte sich schon ganz als zur Mehrheit gehörig. Er unterließ es nur, die notwendige Folgerung aus seiner erstaunlichen Produktion zu ziehen und nach der Rede sich neben Vassermann u. Sonnenberg zu setzen, der Richters Ausführungen zustimmend verlängerte.

Meine Herren! Das ist die Kritik, die die sozialdemokratische Presse an der Haltung der freisinnigen Volkspartei anlegt.

Die Sozialdemokratie

Selbst hat in diesen ganzen Verhandlungen ihr wahres Gesicht gezeigt. Wir haben die Sozialdemokratie immer für die reaktionäre, freihändlerische Partei im deutschen Reich gehalten. Das ergibt sich ohne Weiteres zunächst aus ihrem Programm, dem bekannten Erfurter Programm, das noch jetzt jedem Bericht über die Parteiverhandlungen vorausgedruckt wird und das, wenn es ausgedruckt wäre, uns den Zustand der Dinge bringen würde. Das ergibt sich auch aus den Verhandlungen des letzten Reichstages, in welchem man soweit gegangen ist, daß man den Genossen dorfürden wollte, nur noch in Parteiorganen polemisieren zu dürfen. Der Abgeordnete Singer war der Führer in diesem Kampf; er hat uns einen Vergleichsmaßstab gegeben, wie es bereits im sozialdemokratischen Zukunftsprogramm ausgedrückt wurde mit der Freiheit Andersdenkender. Es hat sich hier noch eines gezeigt: wie in allen aufgeregten Zeiten haben sich auch hier wieder die Elemente, die dem Radikalismus am geneigtesten waren, in den Vordergrund gedrängt. Diese Gruppen, die die Tribünen des Reichstags umlagerten, denen das ganze Gefüge der Schimpfswörter zur Verfügung standen, wird Jedem, der auf der Tribüne stand oder im Sitzungssaal war, unvergesslich sein. Rabarber! Rabarber! Debatte! Debatte! Man mußte zuerst gar nicht, woher die Genüsse kamen, bis man schließlich sah, daß aus dem Hintergrund nach Art der Reiminger die Sozialdemokraten sie hervorriefen. Von Auer und Vollmar, Schippel und Calwer hat man in dieser Zeit wenig bemerkt; sie mühten die Sache laufen lassen, obwohl sie nicht mit Allen einverstanden waren. Der „Vorwärts“ hat neulich geschrieben: das war kein Kampf auf dem Boden des Gesetzes, Gewalt hand gegen Gewalt. Das ist nicht ganz richtig. Die Sozialdemokratie wollte mit Gewalt das Zustandekommen des Zolltarifs hindern. Aber nicht Gewalt ist gegen Gewalt angelegt worden, sondern die Mehrheit hat einfach gegenüber dem Vorgehen der Sozialdemokratie von dem Rechte Gebrauch gemacht, das ihr zusteht, von dem Rechte, die Geschäftsordnung zu ändern. Dabei muß man bedenken, daß das Verhalten der Sozialdemokratie viel weniger gegen den Zolltarif gerichtet war, als darauf ausging, ihn agitatorisch zu verwenden. Auch das ergibt sich aus einer Veröffentlichung Singers, die in letzter Zeit in der „Neuen Zeit“ erschien. Also, meine Herren, nicht der Zolltarif als solcher war es, der die Sozialdemokratie interessierte, sondern, wie von den verschiedenen Seiten gelegentlich gesagt wurde, lediglich der Agitationsstoff, den sie im Zolltarif zu finden glaubten. Nun, meine Herren, man hat viel von den

Folgen des Antrages Kardoff

für das künftige parlamentarische Leben gesprochen. Ich habe die feste Überzeugung, daß, nachdem die Verabschiedung des Zolltarifs erfolgt ist, neue Handelsverträge sich anreihen werden, und habe auch die feste Überzeugung, daß der eine oder andere neue Handelsvertrag — ob es der russische ist, kann ich nicht wissen, das habe ich selbstverständlich auch nicht gesagt — noch dem jetzigen Reichstag im Mai oder Juni vorgelegt wird. Und wenn ich, meine Herren, eine derartige Ansicht ausgesprochen habe, dann gründet sie sich auf gute Informationen. Die Verhandlungen haben eines klar gelegt, daß die

Dienstenlosigkeit

nicht aufrecht erhalten werden kann. Wenn sich die Gegensätze so geteigert haben, wie es in dem letzten Monat der Fall war, wird die Gefahr der Herbeiführung der Beschäftigungslosigkeit viel größer als bisher. Bei der Dienstenlosigkeit hat die Sozialdemokratie den Vortheil. Sie gewährt ihren Abgeordneten Diäten, in folge dessen niemals um Kandidaten verlegen, während bei uns Mangel an Kandidaten herrscht infolge der Dienstenlosigkeit. Abgesehen davon, daß den Abgeordneten nicht zugemuthet werden kann, außer den Diäten der Störung ihrer Arbeit und Gesundheit lange Wochen in Berlin auf ihre Kosten zu leben. Ich möchte daher die Hoffnung hegen, daß der Reichstagsler Graf Klotow, der ein Anhänger der Einführung von Diäten ist, mit seiner Meinung durchdringe in den maßgebenden Kreisen und im Bundesrat und die Diäten zur Einführung gelangen. Dann hat man viel davon gesprochen.

das Wahlrecht

Ist in Gefahr, diese „reaktionäre Mehrheit“ werde das Wahlrecht antasten. Meine Herren! Das ist ein alter Bekannter. Vor jeder Flotten- und Militärvorlage hieß es: Gütet Euch, solche Leute zu wählen, den wenn sie in den Reichstag kommen, werden sie nicht nur die Flotten- und Militärvorlagen bewilligen, sondern auch das Wahlrecht abschaffen. Doch darüber so viel geschrieben wird, ist mir ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie ein schlechtes Gewissen hat und daß es ihr heute dämmert, ob sie nicht eine große Gefahr für die freiheitlichen Institutionen hervorgerufen hat. Meine Herren! Unsere Partei hat in allen Phasen der Entwicklung festgehalten an dem allgemeinen Wahlrecht, wenn ich auch sagen muß, daß der Einfluß des allgemeinen Wahlrechts für uns ein günstiger nicht war. Wir haben dadurch, daß das Proportionalwahlrecht nicht befehl, nachgerade sämtliche Städte an die Sozialdemokratie verloren. Das allgemeine Wahlrecht ist das ureigentliche Werk des Fürsten Bismarck; er hat dadurch, daß er das Wahlrecht des Jahres 1849 einführt, die Nation gewinnen wollen für seine großen Ziele, für ein einiges Deutschland mit preussischer Spitze. Es hat sich damals Bismarck dahin ausgesprochen, daß man das allgemeine Stimmrecht nicht verwerfen dürfe, da es alle Klassen an das Reich fessele. Das allgemeine Stimmrecht hat sich auch bewährt. Waren es große nationale Fragen und der Reichstag wollte sich auf ihre Beilegung nicht einlassen, so hat der Appell an das Volk bei der Reichstagsauflösung niemals versagt. Unter dem allgemeinen Wahlrecht haben wir die soziale Reform durch eine großartige Gesetzgebung eingeleitet. Gerade auch in diesen harten Kämpfen um den Polltarif hat sich das Parlament, das aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangen ist, bewährt. Als man erkannte, daß die Sozialdemokratie und ihre Hilfstruppe — die freisinnige Vereinigung — einen tödlichen Streich führen wollte gegen das parlamentarische System, als man sah, daß das Mehrheitsprinzip verletzt und der Wille einer kleinen Minderheit zum Siege kommen sollte, standen

die bürgerlichen Parteien

auf — einmütig die freisinnigen Volkspartei — gegen die Obstruktion, und in diesem Zusammenstehen fand man das Mittel, die Obstruktion zu bezwingen und den bedrohten Parlamentarismus aus den Klauen der Sozialdemokratie herauszureißen. (Beifall.) Wir sind stolz auf diesen großen Sieg, denn wir waren durch unser Vergehen der Schand des parlamentarischen Systems, und wenn in kommenden Tagen die sozialdemokratische Partei wiederum maßlos übermütig ihren Willen dem Parlament aufzuzwingen will, so zweifle ich nicht daran, daß die bürgerlichen Parteien einmütig diesem Vorgehen sich entgegenstellen werden. Man hat aus dem Antrag Nordhoff und seinem Einfluß auf die bürgerlichen Parteien einen Ausblick auf die

kommenden Wahlen

geworfen. Ich habe gelesen, wie Herr Barth und Herr Kaumann liberal predigen, es müßte gegen diese vier Parteien selbst die Sozialdemokratie unterliegen. Wiederum viel Geschrei und wenig Wille! Wenn das die Herren Kaumann und Barth auch redelustig proklamieren, das Bürgerthum wird sich darauf nicht einlassen. Es hatte in letzten Sitzungen klar erkannt, daß die Sozialdemokratie der Feind ist, gegen den insbesondere bei Stichwahlen aufzutreten werden muß. Und wenn Prof. Vögler in einem Aufsatz, der jüngst ergangen ist, sagt, die Sozialdemokratie sei in allen freiheitlichen Fragen die geborene Bundesgenossin des Liberalismus, so ist dies nur ein Beweis, daß der Herr Professor diesen politischen Fragen weltfremd gegenübersteht. Die Sozialdemokratie ist eine Klassenvertretung und daraus ergibt sich, daß die Sozialdemokratie, weil sie eine einseitige Partei ist, liberal nicht sein kann. Was sollen diese Predigten an das deutsche Bürgerthum, die Sozialdemokratie zu unterstützen? Die Sozialdemokratie hält ihren alten vaterlandlosen Charakter in allen Fragen der auswärtigen Politik fest; ich verweise auf die Andeutungen der sozialdemokratischen Presse bezüglich Venizuelas, des Konjunktur mit China,

wo die sozialdemokratische Presse keine andere Tendenz verfolgte, als die Herabsetzung im eigenen Lande und dem Auslande gegenüber herabzusetzen. Meine Herren! Die Bundesgenossenschaft mit diesen Leuten wird man dem deutschen Bürgerthum nicht einreden, wenn die Herren Kaumann und Barth auch noch so sehr damit bei der Hand sind. Das Bürgerthum hat in diesem Streit auch Eines gelernt, daß es im Kampfe gegen die Sozialdemokratie keiner Polizeigesetze bedarf, sondern daß, wenn das Bürgerthum aufmarschirt, der Sieg ist unser. Ich habe infolge dessen auch keine Furcht vor den Wahlen. Es ist hier auch prophezeit worden, die Parteien, die den Polltarif gemacht haben, werden in den Wahlen eine große Niederlage erleiden. Das Bürgerthum hat seine große Macht, die in seiner Einheit liegt, gegenüber der Sozialdemokratie kennen gelernt. Es ist kein Kartell notwendig bei den Wahlen und ist auch nicht geplant. Wenn Eines nur immer klarer wird, das ist die Erkenntnis, die schon heute durchgedrungen ist in alle Kreise, daß in Stichwahlen gegenüber Sozialdemokratie jeder zu unterstützen ist gleichviel welcher Partei er angehört, ob er Mitglied der jetzigen Mehrheit oder der freisinnigen Volkspartei ist! Das haben die bürgerlichen Parteien heute schon in Vögnitz zum Ausdruck gebracht, wo der Kandidat der freisinnigen Volkspartei glänzend gesiegt hat und wo die Sozialdemokratie trotz des Gefährdes über Prodnauer und Staatsstreich an Stimmen zurückgegangen ist. Die Thatsache, daß das Bürgerthum sich auf eine Parole für die Sozialdemokratie nicht einläßt, zeigen auch die Vorgänge in Danzig. Meine Herren! Man hat uns in diesen Tagen den Liberalismus abgesprochen. Ein derartiges Absprechen läßt uns vollständig kalt. Wir sind

eine liberale Partei

und werden eine liberale Partei bleiben und daß diese im Lande vorhanden ist, daß der Reichstag eine entsprechende Zahl von Vertretern davon hat, daß ist auch eine unbedingte Nothwendigkeit. Denn, wenn man uns den Liberalismus abspricht — lassen Sie die sozialdemokratische Presse, da wirft man alles in denselben Topf, auch die freisinnige Volkspartei — da bleiben für den freisinnigen Vertreter des Bürgerthums nur die zwölf Herren um Barth übrig und das wäre trotz der großen Bedeutung eine recht magerer Vertretung im deutschen Parlament. Wir werden nicht vergessen, daß neben den wirtschaftlichen Fragen die idealen Güter stehen; wo es sich handelt um die Freiheit des Geistes, des Gewissens und der Schule, da werden wir nach wie vor die liberalen Prinzipien unserer Vorgänger hochhalten, sei es im Reich, sei es in den einzelnen Landtagen, und da werden wir noch manchmal Gelegenheit haben, die Schwert zu kreuzen mit denjenigen Parteien, mit denen wir zusammengegangen sind, den Konservativen und dem Zentrum. Ich war für meine Person zeitlebens ein liberaler Mann; aber unter Liberalismus verstehe ich nicht das Beugen unter den Terrorismus eines Herrn Singer und seiner Freunde. (Beifall.) Lieber würde ich aus dem öffentlichen Leben ausscheiden, Meine Herren! Man hat unsere Stellungnahme zu dem Polltarif eine antisoziale genannt. Auch das ist vollständig falsch. Ich glaube, ich habe Ihnen heute den Beweis geliefert, daß an unserer Stellungnahme zu den großen sozialen Fragen durch den Kampf um den Polltarif nichts geändert worden ist. Wir werden nach wie vor eintreten für den Ausbau der sozialen Gesetze auf dem Gebiete der Versicherung und der Arbeiterorganisation. Wir sind überzeugt, daß die soziale Politik fortgeführt werden muß, und wissen uns darin eins mit den leitenden Männern in der Regierung, insbesondere mit dem Grafen Posadowsky. Daß sie muß fortgeführt werden nicht wegen, sondern trotz der Sozialdemokraten. Obgleich sie jeden Fortschritt als ungenügend bezeichnen, werden wir uns nicht irre machen lassen, diese

hohe Staatsaufgabe der Fortführung der Sozialpolitik im Auge zu behalten.

Meine Herren! Es waren dies einige von den Gesichtspunkten, die bei der Erledigung des Polltarifs durch die Annahme des Antrages Nordhoff gehoben werden konnten. Ich komme nunmehr zum Ende. Der Polltarif ist

verabschiedet

worden in der Nacht vom 18. zum 19. Dezember. Am 14. Dezember Morgens gegen 6 Uhr. Niemand hat daran gedacht, daß in der Samstags- und Sonntagssitzung die Polltarifvorlage würde werden. Erst die achtstündige Rede des Abgeordneten Antzitz, die, dazu in diesem Stadium, auch nur den einen Zweck haben konnte, die Mehrheit zu verhöhnen, hat uns dazu gebracht, zu beschließen, da zu bleiben und die Nacht für die Erledigung des Polltarifs in Anspruch zu nehmen. Meine Herren, der Polltarif ist, nachdem Herr Antzitz fertig war, in kurzer Folge dann angenommen worden. Es war eine Reihe namentlicher Abstimmungen notwendig. Ungefähr um 1/5 Uhr ist die Annahme mit 202 gegen 180 Stimmen erfolgt. Die Erregung, die die Vorgänge im Parlament hervorgerufen haben, sie zittert heute noch bei unsern Volksgenossen in ganz Deutschland nach. Es waren

ernte Tage,

die im deutschen Parlament sich abspielten. Wohl hatten sich Eignen ereignet, die geeignet waren, die Schamröthe in die Wangen zu treiben, Grobe Beschimpfungen hagelten nicht auf die Reichthumspartheien. Der tiefe Stand vieler sozialdemokratischer Abgeordneten hat sich gerade bei diesen Verhandlungen klar und deutlich erwiesen. Aber, meine Herren, groß war der Erfolg, das Meistwort des Polltarifs, mit dem die verschiedensten Richtungen sich in vier Jahren und länger beschäftigt haben, er wurde im sichern Hafen geborgen. Dadurch wurde die neue Grundlage für unser Wirtschaftsleben gefunden, für eine neue Blüthe der Industrie und auch der Landwirtschaft. Eine große bleibende Bedeutung in der Geschichte des deutschen Parlaments können diese Tage beanspruchen. Sie werden in der Geschichte des deutschen Parlaments nach meiner Ansicht unvergessen bleiben. Nun noch eins, meine Herren! In diesen Tagen hat sich vollzogen das parlamentarische Schicksal, das aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen ist. Das parlamentarische System hat nicht verlagert, sondern gegenüber dem Ansturm der Sozialdemokratie stand ein einiges Bürgerthum zur Verteidigung auf den Schanzen. Es stand geschlossen mit Ausnahme von zwölf Desertören der freisinnigen Vereinigung gegenüber der Vergeßlichkeit, die dem Reichstag angeschlossen war. Das ist eine große Errungenschaft, deren Bedeutung vielleicht erst in künftigen Tagen erkannt werden wird. Meine Herren! Was unsere Stellung in diesem Kampf anbelangt, so haben wir

dritten Wissen und Gewissen

gehandelt, nach reiflicher Überlegung und aus einer ethischen Überzeugung heraus. Wir sind überzeugt, nachdem wir die verschiedenen Möglichkeiten erwogen hatten, daß wir den rechten Weg eingeschlagen haben, als wir die Hand geboten haben zur materiellen Einigung und den Wege gefunden haben, der zur Verabschiedung des Polltarifs geführt hat. Wenn es vergönnt war, dem deutschen Parlament in diesen Tagen anzugehören und sich die Stunden vergegenwärtigt, in denen die Parteien hart zusammen getrieben sind, in denen es nötig war, alle geistigen Kräfte anzuspannen für das Zustandekommen des Polltarifs zur Förderung der großen nationalen Aufgabe, — dem werden diese Tage unvergessen sein. Ich kann nur wiederholen: Aus ehrlicher Überzeugung heraus sind wir zu unserer Ansicht gekommen, und wir sind heute überzeugt und werden immer mehr überzeugt durch zahlreiche Zustimmungsfundgebungen, daß wir den richtigen Weg gegangen, daß wir den Weg gegangen sind zum Glück und Segen des Vaterlandes. (Muntere Lachen, brandender Beifall.)

